

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 254.

Mittwoch, den 30. Oktober 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Annehmlichkeiten eines Kolonialreiches.

„Gew. Wer sich über die „Annehmlichkeiten“ eines Kolonialreiches unterrichten will, der findet jetzt an England ein sehr gutes Beobachtungsfeld, das wir unsern Weltpolitikern zum genetzten Studium dringend empfehlen. Nachdem John Bull seit 2 Jahren aus dem Schrecken, den Sorgen und Schlappen gar nicht mehr herausgekommen ist, trifft ihn nun ein neuer Keulenschlag durch den Tod des Emirs von Afghanistan. Das stolze Albion, in dessen Reich die Sonne nicht untergeht, zittert in seinen Grundfesten, weil weit weg am anderen Ende der Welt ein alter Despot gestorben ist. Aber das ist eben der Fluch solcher Kolonialreiche, daß sie wie ein tollkühner Sperlant überall engagiert sind und daß sie daher fast bei jeder Verwickelung, die auf dem weiten Erdenrund stattfindet, in Mitleidenschaft gezogen werden. Und treffen dann auch nur zwei oder drei widrige Umstände zusammen, so steht die ganze Herrlichkeit am Rande des Verderbens. Dazu kommt noch, daß derartige widrige Umstände gerade im Orient, wo die Interessen der Kolonialreiche meist liegen, von einem Rivalen sehr leicht künstlich herbeigeführt werden können, wenn er das Geld nicht spart. Ein rein europäisches Reich in eine Sackgasse zu bringen, dürfte bei einiger Vorsicht desselben doch nicht so schnell gethan sein. Aber im Orient z. B. zur richtigen Zeit einen Aufstand zu arrangiren oder einen Thronwechsel zu veranlassen, ist für einen Staat, der über große Macht- und Geldmittel verfügt, kaum besonders schwer. Die Folge dieser Verhältnisse ist, daß die Existenz großer Kolonialreiche viel unsicherer ist als die Existenz solcher Länder, die über keinen Kolonialbesitz verfügen.“

Eine weitere „Annehmlichkeit“ der Kolonialreiche besteht darin, daß sie fast unausgesetzt Kriege führen und Expeditionen absenden müssen. So hat England während der 63-jährigen Regierung der Königin Viktoria nicht weniger als achtzig Feldzüge und Expeditionen durchgeführt.

Ferner ist noch zu erwähnen, daß die allerwenigsten Kolonien so viel eintragen, als die in ihnen stationirten Kolonialarmeen kosten. Selbst Frankreich zahlt, obwohl es einen Kolonialbesitz hat, der den grünen Reid unserer Weltpolitiker erregt, nicht weniger als 90 Millionen Mark jährlich auf seine Kolonialtruppen darauf.

Fassen wir also die Schattenseiten eines Kolonialreiches zusammen, so ergibt sich: 1) eine sehr unsichere Situation im Allgemeinen; 2) beständige Kriegsrüstungen; 3) große Ausgaben für die Kolonialarmee, zumeist ohne Deckung seitens der Kolonien.

Nun erlauben wir uns die Frage aufzuwerfen, ob Deutschland diese Nachteile ohne Schaden auf sich nehmen, d. h. ob es überhaupt ein Kolonialreich werden kann. Vor Allem ist hier die geographische Lage des Deutschen Reiches in Betracht zu ziehen. Deutschland, das links und rechts Großmächte als Nachbarn hat, kann seine Kräfte nicht über die ganze Welt zerplittern, ohne in die Gefahr zu gerathen, seine europäische Stellung einzubüßen. Es müßte in einer solchen Situation, wie sie der südafrikanische Krieg für England geschaffen hat, noch viel härtere Demüthigungen hinnehmen als dieses. Auch kann Deutschland keine großen Kolonialkriege führen, und zwar aus finanziellen Gründen, denn das Deutsche Reich muß seinen Kredit für europäische Verwickelungen aufsparen und daher nicht für überseeische Unternehmungen verschleudern. Wie der bayerische Oberst a. D. Dr. v. Renaulb in einem soeben erschienenen Werke berechnet hat, kostet das deutsche Heer im Kriegszustand 1845 Millionen pro Monat. Da die erste Kriegsanleihe doch die Bedürfnisse für mindestens 3 Monate decken müßte, und gerade der Anfang eines Krieges in Folge der Transporte u. s. w. sehr kostspielig ist, so müßte Deutschland zu Beginn eines europäischen Krieges mindestens 6 Milliarden aufnehmen. Ob es aber dieses Geld bekäme, wenn es, wie jetzt England, vor Kurzem für einen Kolonialkrieg 3 Milliarden verpulvert hätte, ist sehr fraglich. Und zum Kriegsführen gehört, wie der alte Tribulzio schon vor 400 Jahren sagte, erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld.

Und käme Deutschland in den Besitz wirklich werthvoller Kolonien, so würde es gewiß ebenfalls in lange blutige Kolonialkämpfe verwickelt, denn eine Kolonie kann, wenn sie nicht etwa Gold, Diamanten oder sonstige vielbegehrte Metalle aufweist, nur dann wirklich werthvoll sein, wenn sie eine intelligente Bevölkerung hat, die auf einer höheren Kulturstufe steht. Nur eine solche Bevölkerung wird dem Mutterlande auch noch etwas anderes abkaufen als Schnaps und Glasperlen, und nur sie wird im Stande sein, selbst höhere Werthe zu erzeugen. Aber derartige fortgeschrittenere Stämme werden das Joch des Auslandes auf die Dauer nicht gutwillig ertragen, sondern es abzuwerfen

suchen, namentlich dann, wenn dieses Joch mit der sattem bekannten preußischen Schneidigkeit, die nicht das geringste Verständniß für fremde Individualitäten hat, gezimmert ist. Und selbstverständlich wird das Ringen mit einem solchen Joch zumeist ein schweres sein, und zwar um so mehr, als die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes und die klimatischen Verhältnisse den Aufstand gewöhnlich begünstigen.

Damit aber, daß Deutschland große Kolonialkriege gar nicht zu führen vermag, ohne seine Stellung in Europa schwer zu gefährden, ist auch die Frage entschieden, ob es ein Kolonialreich werden kann. Die Antwort kann nur Nein lauten. Und werden die Versuche, das Deutsche Reich doch dazu zu machen, fortgesetzt, so wird sich der gute Michel eines Tages in einer Patzche befinden, gegen die die bormalige englische Situation ein Freudenfest ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die deutsche Regierung wird, nach Berliner Meldungen, gegen eine Aeußerung Chamberlain's in seiner letzten Rede, worin er die deutsche Kriegsführung 1870/71 mit der englischen in Südafrika gleichstellte, in London keine Beschwerde erheben, da Lord Salisbury es schon bei früherer Gelegenheit abgelehnt hat, Minister für Aeußerungen zur Rechenschaft zu ziehen, die sie außerhalb des Parlaments, also nur als Privatmeinungen, gesprochen haben. — Ob sich der Reichstag mit dieser Anschauung der deutschen Regierung wird befreunden können, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Der Tiefstand der Konjunktur ist, wie der Generaldirektor des Bochumer Gußstahlvereins, Baare, sich am Sonnabend beim Bankett nach Schluß der Generalversammlung äußerte, noch lange nicht erreicht. Das sind schlechte Aussichten für das arbeitende Volk!

China-Prozess. Der in Sondershausen in Pension lebende bulgarische Musikdirektor Pflaum, 72 Jahre alt, hatte am 2. Mai d. J. in der Spinnerischen Gastwirtschaft die Sunnen-Briefe aus China als wahre Berichte vertheidigt und die Angehörigen des deutsch-ostasiatischen Expeditionskorps angeblich beleidigt. Er wurde deshalb von der dortigen detachirten Strafkammer zu 300 Mk. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die Staatsanwaltschaft hatte nicht weniger als 3 Monate Gefängniß beantragt.

Der Kampf um den Zolltarif. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat am Sonntag in Berlin der „Nationalztg.“ zufolge „nach lebhafter Debatte“ eine Resolution beschloffen, welche die Erwartung ausdrückt, daß der Zolltarifentwurf in der Weise verabschiedet wird, „daß die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse den notwendigen höheren Schutz findet, daß aber bei Gewährung dieses Schutzes diejenigen Grenzen innegehalten werden, welche den Abschluß der für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe notwendigen langfristigen Handelsverträge ermöglichen“. Die Nationalliberalen werden also den Agrariern soweit als irgend möglich Vorspanndienste leisten. Das war allerdings zu erwarten, nachdem sie längst Hörige des Bundes geworden sind. — In der Rede, mit der der Landtag von Reuß j. U. Sonntag eröffnet wurde, wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen möge, den künftigen Zolltarif so zu gestalten, daß unter Voraussetzung der allgemeinen Wohlfahrt ein billiger Ausgleich zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Interessen herbeigeführt und das Zustandekommen neuer Handelsverträge ermöglicht werde. — Ferner wird aus Köln gemeldet: In der außerordentlichen Generalversammlung der Vertreter der rheinischen Ortsgruppen des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes wurde zum Zolltarif mit 117 gegen 8 Stimmen eine Resolution angenommen, die erklärt, daß die beabsichtigte Zollherabsetzung der Arbeiterchaft Lasten auferlege, die in schwierigen Zeiten geradezu verheerend wirken dürften. Falls wider Erwarten die Mehrheit der Volksvertretung sich für die Erhöhung aussprechen sollte, fordert die Versammlung, daß von den Arbeitgebern, die ausländische Arbeiter verwenden, mindestens eine Steuer von 1 Mark pro Tag und Kopf erhoben werde, um dem Schutze der nationalen Produkte einen Schutz der nationalen Arbeit entgegenzustellen. Die Steuer soll für die Arbeiterwohlthätigkeit Verwendung finden.

Prof. v. Liszt über die deutsche Justiz. Interessante Ausführungen über den Werth gerichtlicher Zeugenaussagen machte der berühmte Strafrechtslehrer Prof. v. Liszt kürzlich in einer Versammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Berlin. Der Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Hornich erstattete Bericht über den Stand der Konitzer Affaire. Die Einstellung des

Verfahrens gegen Dewy, besonders aber durch die Gutachten des Ober-Medizinal-Kollegiums, welche die Grundlagen der Blutmord-Behauptungen, den Schächtschnitt und die Blutleiter der Leiche, als ausgeschlossen bezeichnen, sei die Sachlage für jeden nicht Böswilligen geklärt. Im Anschluß an das Referat erklärte Professor v. Liszt, die Unsicherheit und Gefährlichkeit eines der wichtigsten Theile des Beweismaterials im Strafverfahren, der Zeugenaussagen, sei eine anerkannte Thatsache. Versuche hätten gezeigt, daß sich selbst bei ganz unbefangenen, intelligenten Menschen zwischen der Wahrnehmung und der Aussage darüber, je nach der dazwischenliegenden Zeit, Vorstellungen geltend machten, die das Bild trübten und den Aussagen zum Mindesten in einzelnen Punkten ihre Zuverlässigkeit raubten. Bei unbefangenen, ungebildeten Zeugen sei dies in um so höheren Maße der Fall, ebenso bei späteren wiederholten Vernehmungen, wo die Zeugen in der Regel nicht an ihre ursprüngliche Wahrnehmung, sondern an ihre letzte Aussage anknüpften. Im Konitz sei der Einfluß einer Massensuggestion (Massenbeeinflussung) zweifellos und die große Zahl falscher Aussagen darauf zurückzuführen. Falsch und gefährlich sei es gewesen, auf diese Widersprüche eine Reihe von Meineidsprozessen aufzubauen. In Konitz habe sich wieder gezeigt, daß unser gesamter kriminalistischer Apparat nur bei alltäglichen, gewerbemäßigen Verbrechen prompt arbeite, in anderen Fällen aber meist verage nicht zum geringsten Theil wegen der mangelnden psychologischen Vorbildung der Richter und Staatsanwälte. Die Hauptforderung aller, die an einer geordneten Rechtspflege ein Interesse hätten, müsse deshalb zunächst eine Umgestaltung des ganzen Voruntersuchungsverfahrens, begründet auf einen besseren psychologischen Werthung der Zeugenaussagen, bilden.

Eine Krach-Statistik. In der „N. B.“ werden die größten Krach zusammengefaßt, die binnen Jahresfrist zu verzeichnen waren: 1. Den Reigen beginnt die Pommerische Hypothekbank, deren Aktien jetzt auf 3 Proz. stehen; dann kommt 2. die Mecklenburg-Strelitzer Bank 7 Proz.; 3. die Preussische Hypothekbank des farnosen Herrn v. Sander — notirt jetzt sogar nur noch 5 Proz.; 4. die Leipziger Bank; 5. die Dresdner Kreditanstalt. Dazu kommt noch 6. der Breslauer Krach, 7. der Heilbronner, 8. der Pforzheimer, 9. der Aachener. Damit sind nur die wichtigsten Zusammenbrüche auf dem Gebiete des Bankwesens genannt, während eine ganze Anzahl von Konkursen kleiner Bankiers noch hinzukommen müßten und außerdem die Banken, deren Zusammenbruch nur eine Frage der Zeit ist. Auf dem Gebiete der Industrie nennen wir ebenfalls nur die wichtigsten Zusammenbrüche: 1. Bergwerk Differdingen-Dannendamm — notirt jetzt 10 Proz.; 2. Bergwerksgesellschaft Dannendamm — notirt 21,75 Proz., während noch vor einem Jahre der Kurs 129 Proz. war; 3. Bergwerksgesellschaft Dortmund — notirt 49,30 Proz.; 4. Schlesiische Kohlen — 29 Proz.; 5. Förder Bergwerk — 7 Proz.; 6. Elektrizitätsgesellschaft Rummer — notirt 1,50 Proz.; „Brief“, d. h. so viel nur gefordert, geben will niemand etwas; 7. Elektrizitätswerk Schudert notirt 96,90 Proz., bis auf weiteres nämlich! 8. Zuchfabrik Magdeburg — notirt 32,25 Proz.; 9. Maschinenfabrik Saffer u. Walker — notirt 22,25 Proz.; 10. Königsberger Maschinenfabrik — notirt 28,75 Proz.; 11. Kölnener Elektrizitäts-Anlagen — 26,75 Proz.; 12. Heugstenberger Maschinenfabrik — 45,50 Proz.; 13. Halleische Maschinenfabrik Union — 48,75 Proz.; 14. Hagener Gußstahlfabrik — 48,75 Proz.; 15. Düsseldorf Dragnetindustrie-Verein — 36,00 Proz.; 16. Danziger Delmühle — 9,70 Proz.; 17. Allgemeine Kleinbahnen-Gesellschaft — 16 Proz.; 18. nicht zu vergessen, die Treibrodungs-Gesellschaft — notirt 1,90 Proz. Das sind allein 18 Aktiengesellschaften, an denen die Kursverluste in die Millionen gehen. Die Konkurse von Einzelunternehmern nehmen von Woche zu Woche zu und erstrecken sich auf immer neue Geschäftszweige. So wurde z. B. vor kurzem der Zusammenbruch einer großen Galzhändler-Firma, A. Bernstein in Elbitz, gemeldet, wobei die Passiva 3.500.000 Mark betragen und auch in München ist die Holzgroßhandlung Wolf Kröber in Zahlungsschwierigkeiten gerathen.

Kleine politische Nachrichten. Für die Reichstags-erwahl in Wiesbaden ist in einer Vertrauensmänner-Versammlung am Sonntag der Landtagsabgeordnete Dr. Eringer einstimmig als Kandidat der Freisinnigen Parteipartei aufgestellt worden. — Der Reichshaushaltsentwurf der unmehr fertiggestellt und sich bereits im Druck befindet, soll nach der „Kreuzztg.“ dem Reichstag möglichst gleich bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden ebenso wie der Zolltarifentwurf. — Im Bundesrat finden die Verhandlungen der Ausfälle nach dem Sozialgesetz statt unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs v. Fischer aus dem Reichsjustizamt. Das Reichsjustizamt, nicht das Reichsamt des Innern, werde auch in erster Reihe die verbündeten Regierungen im Reichstage bei den Zolltarifverhandlungen vertreten. — Die Einberufung des Kolonialrates wird zum 21. November erfolgen, er wird sich z. A. mit der Sklavereifrage und mit den Arbeiterverhältnissen in Kamerun befassen. Selbstverständlich unterliegen auch die Kolonialrats seiner Prüfung. — Die Verhandlungen zwischen Apothekern und Krankenkassen in Berlin, die Sonntagabend stattfanden, haben bisher

Ergebnis nicht gezeitigt. Die Apotheker lehnten zunächst den „Rezeptur-Nabatt“ wiederum ab und versuchten ihrerseits durch vage Versprechungen von „Gambverläufe-Vergünstigungen“ um die Verhandlungen hinzuzuziehen. Da nicht zu erreichen war, daß die Höhe der zu gewährenden Vergünstigungen auch nur annähernd bezeichnet werde, wurden schließlich die Verhandlungen verlagert, am den Apothekern die Gelegenheit zur Befragung ihrer Auftraggeber und zur Beantwortung der Frage in einer späteren Verhandlung zu geben. — Das Landgericht München I hat jetzt im objektiven Verfahren die Einziehung des Buches von Panizza „Phantasia, deutsche Verse aus Paris“ verfügt. Es war wegen dieses Buches in Anklagezustand versetzt worden; das Verfahren gegen ihn wurde jedoch eingestellt, nachdem er von den Ärzten als unzurechnungsfähig erklärt worden war. — Der Anwalt Tait habe, der nach seiner Verurteilung nach Belgien geflüchtet war, ist, da er von der belgischen Regierung angewiesen wurde, nach Paris zurückgekehrt. — Nach dem Brüsseler „Soir“ kam es Sonntag zwischen Soldaten der bei Mecheln gelegenen Forts Wäblem und Einwohnern der Ortschaft Wäblem zu einem heftigen Zusammenstoß. Die mit Spaten und Heugabeln bewaffneten Bauern trieben die Soldaten zurück. Drei Soldaten wurden getötet. — Die Krämerkommission von Madrid hielt am 27. Oktober eine Versammlung ab, in der sie gegen die Sonntagsarbeit Einspruch erhoben. Es wurden heftige Reden gehalten. Beim Verlassen des Versammlungslokales bewarfen sie die Wände mit Steinen. — Ueber die Wirren am Jsthum von Panama meldet neuerdings aus New-York das „Bureau Reuter“: Aus San Juan (Puerto Rico) wird berichtet, daß der Revolutionär Manuel Tebor, der die Präsidentschaft von Venezuela anstrebt, eine Depesche empfangen hat, nach welcher die Truppen Carlos bei Moturim nach einem heftigen Kampfe völlig geschlagen worden seien. Die Verluste seien auf beiden Seiten schwer. Carlos' Truppen hätten sich zurückgezogen und den Aufständischen die Stadt und Umgegend überlassen. Der Befehlshaber der Truppen Carlos und viele Soldaten seien gefangen genommen worden. Auch Manion sei erbeutet worden.

Oesterreich-Ungarn.

Eröffnung des ungarischen Reichstages. Beide Häuser des ungarischen Reichstages sind Sonnabend zusammengetreten. Der Alterspräsident Madara begrüßte die Abgeordneten. Nachdem der zweite Präsident Kabinji ein Kestrikt verlesen, wonach das Abgeordnetenhaus am 28., dem Tage der Thronrede, beim Könige eingeladen werde, erklärte der Vizepräsident der Kossuth-Partei Barabas, daß seine Partei nicht zur Thronrede erscheinen werde. Die 1848er Partei fordert, daß der König von Ungarn zu den Vertretern der Nation heruntersteige, außerdem könne die Partei nicht erscheinen, weil die Einladung zur Thronrede gewisse Außerlichkeiten erfordere. Ferner wehe auf der Hofburg die schwarzgelbe Fahne, welche schmerzliche Erinnerungen bei der ungarischen Nation erwecken müsse. Nachdem der Ministerpräsident Szell darauf hingewiesen, daß die schwarzgelbe Fahne die Farben des Hauses Habsburg zeige, drückte er den Wunsch aus, daß das Haus an den alten Traditionen festhalten möge. Darauf wurde die Sitzung geschlossen. — Die Thronrede, mit welcher der Reichstag Montag offiziell eröffnet wurde, enthält keine der bekannten Forderungen der Agrarier und verlangt die gleichmäßige Berücksichtigung der industriellen und landwirtschaftlichen Interessen. Der Staat soll die Wasserstraßen ausbauen, neue Absatzgebiete erwerben, den Budapest Handelshafen erweitern, die Arbeiter-Unfallversicherung durchführen u. Für die Landwirtschaft soll durch Regelung der Jagdverteilung, Kolonisation und Parzellierung gesorgt werden. Die Thronrede betont die Wichtigkeit der Sorge für die Wehrkraft; doch müsse dabei die materielle Kraft des Landes berücksichtigt werden. Der Ausgleich mit Oesterreich soll im Sinne der Gesetze von 1867 geregelt werden. Die Thronrede erwähnt weiter kurz die internationalen Handelsverträge, für deren Zustandekommen die Schaffung des autonomen Zolltarifes notwendig sei, und erklärt, das innige Einvernehmen mit den Verbündeten und das anhaltend gut freundschaftliche Verhältnis zu den gesammten Mächten lasse hoffen, daß die Vorkehrung dem Lande die Segnungen des Friedens nicht entgehen werde. Zum Schluß appelliert die Regierung an die Besonnenheit der Nation und an den gesunden Gemeingeist der Gesellschaft im Interesse und zum Wohle des Landes.

Holland.

Der Boykott englischer Frachtschiffe. Nach einer Meldung der „Zitf. Ztg.“ aus Amsterdam soll am Mittwoch auf Einladung des dortigen Arbeitersekretariats eine Versammlung aller Arbeitervereinsvorstände stattfinden, um zu dem geplanten Boykott gegenüber englischen Schiffen Stellung zu nehmen. — Der Bund dreier Schiffsarbeitervereine zu Rotterdam, dessen Ziel es ist, unmotivierten Ausländern unter den Hafenarbeitern zu begegnen, sprach sich in einer Sonntag Nachmittag Versammlung nach der „Zitf. Ztg.“ entschieden gegen den Plan eines Boykotts englischer Schiffe aus.

England.

Edward VII. soll, wie „Reynolds Newspaper“ auf Grund angeblich besser Informationen erfahren, an Leukophtie leiden, jener Krankheit, die bekanntlich auch den Tod Friedrich III. von Deutschland herbeigeführt hat. Die Hofbeamten versicherten, daß der König an einer Kopillagergeschwulst an dem linken Stirnhaupte leide. Diese sei bereits dreimal entfernt worden. In einer Nacht der letzten Woche wurde eilig ärztliche Hilfe gerufen und man fand, daß der König nur mit Mühe atme. Es wurde sofort eine Operation vollzogen, aber die Erleichterung gelte nur als vorübergehend, da die erkrankte Schleimhaut zu einem Krebsartigen Gewächs geworden sei. Der König selbst fürchtete das Schlimmste, habe aber befohlen, keine der Bestimmungen für die Kronungsfeierlichkeiten und Regalien zurückzusuchen, damit kein Argwohn im Publikum entstände.

Frankreich.

Das Protokoll der jüngsten Aussöhnung des Bergarbeiterverbandes in Saint Etienne ist nunmehr veröffentlicht worden. Danach hat der Ausschuss beschlossen, den Streik hauptsächlich zu erklären, falls die neue Antwort der Regierung nicht befriedigend laute.

Russland.

Der Kampf gegen die Freiheit. In Petersburg sind in den letzten Tagen 140 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden. In einem Gymnasium in Nischny-Nowgorod waren Schülerarresten; die Gymnasien wurden geschlossen. Der bekannte russische

Schriftsteller Maxim Gorky (Peschochonow), welcher in letzter Zeit, nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis, unter strenger Polizeiaufsicht — zeitweise unter Stubenarrest — in Nischny-Nowgorod lebte, ist nach dem Städtchen Arsamach verbannt worden, wo er unter Aufsicht der dortigen Polizei sich aufhalten müssen wird. In Riga wurde die Lehrerin Freymann verhaftet und nach dem Gefängnis in Libau überführt.

Preta.

Die Gerüchte über eine bevorstehende Aktion der kritischen Schutzmächte werden jetzt von Paris aus erheblich abgeschwächt. Man bestreitet seitens der französischen Regierung, daß die diplomatischen Unterhandlungen schon so weit vorgeschritten seien, um die Vereinigung Pretas mit Griechenland als in naher Zukunft bevorstehend erscheinen zu lassen. Vermuthlich sei es überhaupt verfehlt, in dieser Sache schon von Unterhandlungen zu sprechen. Unbegründet sind auch die Gerüchte über eine angeblich beabsichtigte Revision des Berliner Vertrages, wenigstens soweit behauptet wird, daß Deutschland in dieser Frage bereits Anregungen von irgend einer Seite erhalten habe.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Unbedeutende Erfolge hat die Kolonne des Majors Damants bei Williersborn am Vaalfluß erzielt, wo eine starke Burenabtheilung zerprengt wurde, ferner Oberst Dawlins, der im Mafstrom-Distrikt nördlicher Weile drei Burenlager überfiel, Gefangene und Beute machte, ferner eine englische Abtheilung in den Gegenden südlich von Ruffenburg, von wo 250 Buren nach Klerksdorp eingebracht wurden. Schließlich meldet Ritchener noch aus Pretoria unterm 27. Oktober: „Oberst Benson überraschte am 22. Oktober früh ein Burenlager bei Richardsfontein und machte 37 Gefangene. Am 25. Oktbr. war Benson nach langem Nachtmarsch in der Nähe von Zerkorfontein in ein Gefecht verwickelt mit den Kommandos von Grobelaar und Erasmus, welche Bensons Nachhut in den Planen angriffen, aber mit leichter Mühe vertrieben wurden. Eine Abtheilung Oberst Henrys vertrieb Nieuwenhout aus einer starken Stellung in der Nähe von Kofffontein am 26. Oktober und verfolgt ihn jetzt mit Oberst Williams.“

Die wirklichen englischen Erfolge liegen jetzt mehr auf dem Gebiet einer sehr summarischen Justiz. So ist, gemäß der völkerrechtswidrigen Proklamation Ritcheners, in Pretoria die Verbannung weiterer dreizehn Burenführer bekannt gegeben worden und in Plumfontein die Beschlagnahme der Bankguthaben von elf Burghers erfolgt, die sich nicht vor dem 15. September ergeben haben und deren Besitzthum daher den Bestimmungen der Proklamation vom 6. August unterliegt, eine Maßregel, die allgemeine Mißbilligung findet. Ein Beispiel härtester Justiz ist auch das Vorgehen des Obersten Gorrings in der Kapkolonie, der einige Gefangene, die bei ihrer Gefangennahme Khatik Uniformen trugen, durch ein Kriegsgericht summarisch aburtheilte und erschießen ließ.

Der Antrag der Buren auf Entscheidung der südafrikanischen Frage durch den Haager Schiedsgerichtshof gelangt voraussichtlich in der Mitte November stattfindenden nächsten Versammlung des Verwaltungsrathes des Schiedsgerichtshofes zur Besprechung. Man nimmt einer Wolffschen Drahtung zufolge an, daß der Verwaltungsrath zunächst prüfen wird, ob er zur Erledigung derartiger Anträge zuständig ist. Sollte er sich für zuständig erklären, wird der Antrag dem Archive einverleibt. — Wenn der Schiedsgerichtshof nicht zur Erledigung von Anträgen wie dem vorliegenden zuständig sollte, dann wüßten wir wirklich nicht, was das internationale Schiedsgericht überhaupt für einen Zweck hat.

Die Arbeiten der Kommission zur Prüfung der Entschädigungsansprüche der aus Südafrika ausgewiesenen Personen sind ganz unerwartet durch eine diplomatische Abmachung zum Abschluß gebracht worden. Der Regierungsvertreter Ardagh theilte in der Sitzung am Montag mit, daß die gesammte Entschädigungssumme, die endgiltig mit den Vertretern der betreffenden Mächte hinsichtlich der Ansprüche ihrer Staatsangehörigen festgesetzt worden sei, 69 550 Pfund Sterling (1 391 000 Mark) betrage. — Nach einer Wolffschen Meldung sind die Entschädigungsansprüche wie folgt angelegt: Deutschland 600 000 Mark, Oesterreich 300 000 Mark, Amerika 120 000 Mark, Belgien 16 000 Mark, Dänemark 5000 Mark, Rußland 82 000 Mark, Italien 240 000 Mark, Spanien 3000 Mark, Schweden und Norwegen 20 000 Mark, Schweiz 5000 Mark. Die noch ausstehenden Entschädigungsansprüche der französischen und niederländischen Staatsangehörigen werden wahrscheinlich durch diplomatische Abmachung vor nächstem Montag, an welchem Tage die Kommission wieder zusammentritt, festgesetzt werden.

Persien.

Von der Verschwörung gegen den Schah kommen nunmehr auch nähere Mittheilungen über Bombay. Sie betreffen, daß die Mafelstörer der Palastrevolution gefangen worden sind. Man hat sie zunächst nach Kaschau gebracht, wo sie vielleicht lebenslanglich eingesperrt bleiben. Ein angegebener und reicher Einwohner sei, so wird weiter berichtet, unbeschadet und gefesselt durch die Straßen Teherans geführt worden. Die Verschwörer hätten auf die Unterstützung der Bevölkerung gerechnet; denn es herrsche starke Mißstimmung über den Plan des Schahs, eine Anleihe zum Zwecke einer Pilgerfahrt nach Mekka und einer zweiten Reise nach Europa anzuzunehmen. Nach anderen Angaben waren die Verschwörer von England gedungen.

Chile.

Streitigkeiten zwischen Chile und Argentinien stehen auf dem Höhepunkt. Die „Daily Mail“ meldet aus Buenos Aires vom 27. Oktober: Die chilenische Regierung kündigte die Mobilisierung der chilenischen Armee für Ende November an, angeblich zu Manövern für einen Monat. Nach Meldungen desselben Blattes erhielt die argentinische Flotte Befehl, sich zu verproviantieren und Kohlen einzuzunehmen. Die Marinemannschaften arbeiten Tag und Nacht.

China.

Neuer Vögeraufstand in Sicht! Nach einer Washingtoner Meldung des Londoner „Daily Telegraph“ sprechen die beim Staatsdepartement in Washington eingegangenen Berichte amerikanischer Missionare von einer anhaltenden Gährung unter den Chinesen und der Wahrscheinlichkeit eines neuen Vögeraufstandes in nicht ferner Zeit. — Der Tanz in Ostafrika kann also von Neuem bald beginnen, falls die Mächte nicht vom ersten Male die Nase voll haben.

Philippinen.

Der Aufstand auf Samar. Nach Nachrichten, welche aus Catbalogan in Manila eingetroffen, sind von den Behörden der Vereinigten Staaten energische Maßregeln ergriffen worden, um den Aufstand auf Samar niederzuwerfen. General Smith richtete an alle Präsidenten, Hauptlinge und Dorfschästen die Aufforderung, weitere Ruhestörungen zu verhindern dadurch, daß sie alle Waffen ausliefern und vor dem 6. November alle Teilnehmer an dem gegen das 9. Infanterie-Regiment gerichteten Angriff angeben. Andernfalls würden die Präsidenten nach Guam auf den Ladronen gefandt, ihre Dörfer zerstört und ihr Eigenthum konfisziert werden. Kapitän Wallers' Marineinfanteristen stehen in Balangini und Safey. Mehrere Kanonenboote überwachden die Küste von Samar. Die meisten Städte im Süden von Samar wurden zerstört.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 29. Oktober.

Die Würfel sind gefallen! In der am Montag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft wurde mit 21 147 gegen 1748 Stimmen die Verlegung des Bahnhofes nach den Kethetichwiesen beschlossen. Trotz der warnenden Kassanbrastimmen haben die Aktionäre den ihnen von der Direktion vorgelegten Entwurf „geschluckt“, nachdem sie sich in der ersten Versammlung am 20. Mai d. J. energisch dagegen gewehrt hatten. Die verschiedenen Bearbeitungen der letzten Zeit sowohl durch die Presse, als auch durch die Direktion der Gesellschaft sind nicht ohne Erfolg geblieben, und nicht zum Mindesten war es zweifellos die angebrohte Anwendung von Zwangsmaßnahmen seitens des Staates im Falle der Ablehnung, welche die große Majorität erzeugt haben. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit war bei einer Anwesenheit von 22 923 Stimmen 17 192, abgegeben wurden 21 147, die Mehrheit betrug also rund 4000 Stimmen; am 20. Mai waren 7659 für den Kethetich-Antrag, 3143 aber dagegen, die Dreiviertelmehrheit fehlte. Die übergroße Mehrzahl der Aktionäre hat also, wie die Abstimmung zeigt, sich eines Besseren besonnen; von verschiedenen Seiten wurde dann auch die Lösung der Frage als eine günstige bezeichnet, da eine Einwirkung auf die Dividende in der Uebergangszeit sich nur im Bruchtheil eines Prozentes bewegen wird. Und wegen dieses Bruchtheils hat der größte Theil der Aktionäre so schweres Geschick gegen sich auffahren lassen? Fürwahr, der Geldsack hat uns wieder einmal seine Schattenseiten recht deutlich gezeigt. — Nachdem nunmehr die Verlegung des Bahnhofes, bis auf die ohne Frage erfolgende Genehmigung der Bürgerschaft, beschlossene Thatsache ist, erwarten wir, daß, sobald letztere erteilt ist, schleunigst mit den Arbeiten begonnen wird. Der schlechte Geschäftsgang hat sich bei der Lübecker Arbeiterschaft zum Theil bereits seit Monaten in äußerst fühlbarer Weise bemerkbar gemacht. Hunderte von kräftigen Arbeitern sind seit Monaten ohne Arbeit, hungern und darben mit ihrer Familie. Hier einzugreifen, die Noth durch Arbeitsgelegenheit zu mildern, ist dringend erforderlich; möge die Verwaltung der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft durch baldige Inangriffnahme der Arbeiten die Hoffnung der Arbeiter auf Erwerb erfüllen und so die Wirkungen der Krise, die noch verschärft werden durch den nahenden Winter, etwas mildern. — Im Interesse der Lübecker Arbeiterschaft, aber auch im Interesse der durch die Verlegung des Bahnhofes bedingten weiteren Entwicklung Lübeds begrüßen auch wir den Verlauf der gestrigen Versammlung mit Freuden und hoffen, daß die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft auch hinsichtlich anderer Reformen dem Zuge der Zeit folgen wird!

Die sozialdemokratischen Drückberger haben es anscheinend dem Amtsblatte angethan, denn es besaß sich abermals mit demselben. Nach Ansicht des Blattes sind wir durch den Umstand, daß amtsblättrliche Schusterweisheit auch Lübeck zu diesen „Drückbergern“ wirft, in eine Schusterweh gerathen. Wie kindisch! Als ob ein Amtsblatt uns mit seinem Gefläß ärgern kann! — Wir können, um nochmals auf die Sache zurückzukommen, dem Amtsblatt nur wiederholt den dringenden Rath erteilen, den „Vollstbotten“ zu lesen; verstehen werden sie ihn dann hoffentlich schon. Wir haben bereits bei dem ersten Eingehen auf die amtsblättrliche Anzapfung darauf verwiesen, daß die hiesige Sozialdemokratie die ganzen Kosten des Parteitagess aus eigenen Mitteln aufgebracht hat. Diese Thatsache verschweigt das Amtsblatt in bekannter Manier natürlich. Es hätte sonst, bei Erwähnung derselben, sein fabels Geschreibsel ja auch nicht an den Mann bringen können; deshalb unterläßt es seinen Lesern den wichtigsten Umstand. — „Pfu!“ für solche niedrige Handlungsweise.

Das Lübecker Pflaster läßt in verschiedenen Straßen recht viel zu wünschen übrig, sodaß man mit Hüneraugen beschafften Personen nur den dringenden Rath erteilen kann, sich vor dem Passiren eines solchen Pflasters zunächst einem Reichthumsoperateur anzubewahren. Geradezu beschämend für Lübeck aber ist das Pflaster in der Hundestraße. Seitens der maßgebenden Behörde scheint man der gleichen

Anficht zu sein, da in den letzten Tagen einige Ausbesserungen vorgenommen werden. Trotzdem aber wird der Zustand des Pflasters kein besserer, sodaß Passanten und Fuhrleute sich freuen können, wenn sie die holperige Hundestrasse hinter sich haben. Hoffentlich tragen diese Zeiten mit zur Abstellung dieses Mißstandes bei.

Eine interessante Entscheidung bezüglich der Lohnzahlung fällt kürzlich das Berliner Gewerbegericht. Dasselbe hat entschieden, daß die Lohnzahlung erst mit der Uebernahme der betreffenden Geldstücke vollendet wird. Bloßes Hinzahlen des Geldes, dergestalt, daß nicht der Arbeiter, sondern ein dritter (z. B. ein Gastwirt oder sonstiger Gläubiger des Arbeiters) herankommt und das Geld einsteckt, befreit den Arbeitgeber nicht von seiner Lohnzahlung gegen den Arbeiter. Also so zahlen, daß der Arbeiter selbst den Lohn erhält!

Übermals ein Opfer der Affordarbeit. Auf der Koch'schen Schiffswerft verunglückte Montag Vormittag der Arbeiter Böck, indem ihm ein mit Platten beladener Wagen über den linken Haken fuhr. Der Verletzte, dessen Verwundung nicht unbedeutend sein soll, wurde zur Portierloge geschafft. Der Verletzte gehörte zu dem Betriebe des untern Lesern bereits bekannten Meisters Rahl. Lediglich die leidige Affordarbeit soll die Schuld an diesem Unfall tragen.

Verein für Gesundheitspflege. Trotz der mannigfachen Veranstaltungen am Donnerstage erfreute sich die Versammlung des Vereins keines geringen Zuspruchs. Der zweite Vorsitzende des Vereins hielt einen fast einstündigen Vortrag über Geschichte und Organisation des deutschen Bundes der Vereine für Gesundheitspflege. Seine interessanten Ausführungen wurden am Schluß lebhaft applaudiert. Bei der Eröffnung der Versammlung machte Herr Klein bekannt, daß Herr Dr. Hoffmann demnächst über Stoffwechsel und Ernährung sprechen und daß am 23. November der Bundesredakteur Herr Gerling über „Wahre und falsche Heilkunde“ hier selbst referieren wird. Eine der nächsten Monatsversammlungen wird sich mit der Frage Stiftungsfest beschäftigen, schon diese Monatsversammlung sprach sich fast einstimmig für die Abhaltung eines solchen aus.

Die diesjährigen Herbst-Kontroll-Versammlungen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck finden statt: A. In Lübeck, auf dem Plage hinter dem Schützenhofe: 1) Am Dienstag, den 5. November 1901, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1894 und diejenigen Mannschaften der Jahressklasse 1889, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1889 in den aktiven Dienst eingetreten sind. 2) Am Dienstag, den 5. November 1901, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1896. 3) Am Mittwoch, den 6. November 1901, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1896. 4) Am Mittwoch, den 6. November 1901, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1897. 5) Am Donnerstag, den 7. November 1901, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1898. 6) Am Donnerstag, den 7. November 1901, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie der Jahressklassen 1889, 1900 und die zur Disposition der Ersatz-Belehrten Entlassenen der Infanterie. 7) Am Freitag, den 8. November 1901, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Garde, sowie für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahressklassen 1894 und 1895. Dies sind: Jäger, Kavallerie, Feldartillerie, Fußartillerie, Pioniere, Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschiffertruppen, Trainausführenderpersonal, Traingemeine, Trainfahrer, Pferdeärzte, Militärbäcker, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenwärter, Geißliche, Unterapotheker, Unteroffiziere, Fahnen- und Beschlagschmiede, Zahlmeister, Aspiranten, Büchsenwachergehilfen, Waffenschmiedgehilfen, Dekorationshandwerker und Arbeitsvolk. 8) Am Freitag, den 8. November 1901, Vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen — siehe vorstehende Erläuterung — der Jahressklassen 1896 und 1897. 9) Am Sonnabend, den 9. November 1901, Vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen — siehe vorstehende Erläuterung — der Jahressklassen 1898, 1899, 1900 und die zur Disposition der Ersatzbelehrten Entlassenen der vorstehenden Waffen. B. Für die im Kreise Herzogthum Lauenburg gelegenen Lübeck'schen Anteile u.: 1. In Krummesse vor dem Hause des Gemeindevorsethers: Am Montag, den 11. November 1901, Vorm. 9 Uhr, für die Mannschaften aus den Landgemeinden Weidendorf, Tronsforde, Dückelsdorf, Krummesse, Moorgarten, Niemar und Eierstraße. 2. In Mölln auf dem Berge neben dem Kirchhofe: Am Dienstag, den 12. November 1901, Vorm. 9 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Landgemeinden Kasse, Poggensee, Nigerau, Groß und Klein Schretfladen und Tramm. 3. In Raseburg, Vorstadt auf dem Sarge: Am Freitag, den 15. November 1901, Vorm. 9 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Landgemeinden Albsfelde, Behlendorf, Siesensdorf, Harnsdorf und Hollebed. C. In Travemünde auf dem Marktplatz: Am Sonnabend, den 16. November 1901, Vorm. 11 Uhr, für die Mannschaften aus dem Travemünder Bezirk und den Landgemeinden Broden, Dummersdorf, Gneversdorf, Herrenwohl, Jvendorf, Kücknitz, Böppendorf, Abnau, Siems und Leutendorf. Zu den unter B. und C. festgesetzten Terminen haben zu erscheinen: sämtliche Reservisten (einschließlich die Halbinvaliden), die zur Disposition der Ersatz-Belehrten Entlassenen, die zur Disposition der Ersatztheile Verlassenen und diejenigen Landwehrleute der Jahressklasse 1889, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1889 in das kriegende Heer eingetreten sind. Ausgenommen sind diejenigen Reservisten der Landarmee, welche Schiffsahrt treiben. Ferner sämtliche Mannschaften der Marine (einschließlich Seebataillon und Matrosen-Artillerie) vom Kontrollplatz Lübeck, da diese an der im Monat Januar stattfindenden Schiffer-Kontrollversammlung theilzunehmen haben. Nichterscheinen wird mit Arrest bestraft. Sämtliche Militärpapiere sind mitzubringen. Befreiung von den Kontrollversammlungen wird nur in besonders dringenden Fällen erteilt. Dem Befreiungsgesuche sind stets die Pässe beizufügen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. In der vorigen Woche wurde in der Beckringstraße mittelst Einsteigens aus einer Parterrewohnung eine silberne Taschenuhr und ein Opernglas gestohlen. Der Thäter, ein Arbeiter von hier, wurde ermittelt und festgenommen. Er hatte bereits die Uhr versteckt und das Opernglas verkauft. — Festgenommen wurden eine Fabrikarbeiterin und ein Zimmergeselle von hier, welche in einer hiesigen Wirtschaft einem zugereisten Arbeiter seiner Bauschaft von etwa 200 Mk. beraubt hatten. Ein Theil des Geldes, 90 Mk., wurden gefunden.

Schlutup. Endlich ist der Wunsch der Schlutup'er erfüllt worden; die Annahme des den

Aktionären der Lübeck-Büchener Eisenbahn vorgelegten Entwurfes umfaßt auch die Erbauung einer Bahn von Lübeck nach Schlutup. Der Lübeck'sche Staat ist hieran mit 400 000 Mark theilhaftig. Da die Bürgerchaft dem ganzen Projekt zweifelhaft ihre Zustimmung erteilen wird, so ist die Bahn gesichert. Damit wird einem seit langen Jahren bestehenden Bedürfnis abgeholfen. Hoffen wir, daß das Projekt nunmehr auch bald zur Ausführung gelangt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Maurer und Bauarbeiter an dem Evers'schen Neubau in Neubremen bei Bant haben Montag Morgen die Arbeit niedergelegt. Die Ursache hierzu soll darin zu suchen sein, daß auf dem Bau ehemalige Arbeitswillige vom letzten Streik eingestellt worden resp. werden sollten, während die Organisirten nicht berücksichtigt wurden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Schwering am Sonntag einem 13jährigen Knaben beim Spielen mit einem geladenen Leßing ein Schuß los und die Kugel drang dem Kinde in den Unterleib. Die Verletzung soll zum Glück nicht lebensgefährlich sein. — In der Jacobikirche in Kiel ersticht ist in der Nacht zum Sonntag der dortige Küster. Wahrscheinlich sind von der Heizung giftige Gase ausgetreten, die den Tod des im Heizraum befindlichen Küsters herbeigeführt haben. — Ein 61jähriger Lumpenhändler in Altona füllte am Sonnabend ein Gasrohr mit Pulver, zündete dasselbe an und setzte dann das Rohr an sein Ohr, worauf er schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht wurde; dort verstarb er alsbald. — Wegen Sittenverbrechens in acht Fällen verurtheilte die Strafkammer in Altona einen Maurer, welcher sich gegen Schulmädchen vergangen haben soll, zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Hamburg. Wegen Beleidigung des Polizeinspektors Kämpfe hatten sich am Sonnabend die Genossen Waberky und Krause, Ersterer als verantwortlicher Redakteur des „Hamb. Echo“, Letzterer als Gerichtsberichterstatter, vor der Strafkammer zu verantworten. In einem Bericht über eine gegen den Restaurateur Schilling wegen Gelegenheitsmacherei stattgefundene Gerichtsverhandlung war folgender Passus enthalten: „Ein Vorgänger des Herrn Sch. war vorsichtiger. Er verschaffte sich dadurch ein Mehrerkommen, daß er nebenbei mit Karpfen handelte. So hat er z. B., wie vor einiger Zeit in einer Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, auch den bekannten Polizei-Inspektor Kämpfe zu seinen Abnehmern zählen dürfen. Sch. ist unvorsichtiger gewesen. Er muß nun dafür büßen.“ Die Staatsanwaltschaft hat auf Grund dieser Bemerkung Anzeige erhoben, weil nach ihrer Ansicht dem Inspektor Kämpfe dadurch der Vorwurf gemacht worden ist, daß er sich durch Verletzung seiner Amtspflichten persönliche Vortheile zu verschaffen gewußt hat. Die Angeklagten bestritten die Absicht der Beleidigung. Aus einem verlesenen Urtheil geht hervor, daß der Vorgänger des Sch. dem Kämpfe Karpfen zum Preise von 67 Pf. pro Pfd. geliefert hat. Nach Ansicht Krauses hat die f. mündlich gegebene Urtheilsbegründung einen anderen Wortlaut gehabt, wonach seiner Auffassung nach dem Gericht für festgestellt erschien, daß die Karpfenlieferung als ein halbes Geschenk angesehen wurde. Wegen den von Krause erhobenen Vorwurf, daß Kämpfe auf den Rennplätzen die Buchmacher habe unbehelligt gelassen, trotzdem ihm deren Treiben bekannt war, vertheidigte sich Kämpfe damit, daß er Instruktion erhalten habe, „die anständigen Buchmacher zu schonen und nur gegen die Strolche auf den Fußgängerplätzen vorzugehen“. (Ein interessantes Zugeständniß. D. Red.) Der ehemalige Küchenchef in dem betreffenden Restaurant bezeugte, daß er Kämpfe nach der Karpfenlieferung die Frage vorgelegt habe, ob ihm bekannt sei, daß in dem Lokal fortgesetzt Unsitlichkeiten vorkämen. Hierauf hat er die Antwort erhalten: „Das wissen wir schon lange, und wenn wieder einmal ein Pärchen dort sein Rendezvous abhält, sagen Sie mir Bescheid.“ Der Staatsanwalt hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht und beantragte je 150 Mk. Geldstrafe. Das Gericht ging jedoch noch über diesen Antrag hinaus und erkannte auf eine Geldstrafe von 300 Mk. evtl. 30 Tage Gefängniß und Publikationsbefugniß. — Ob der Polizei-Inspektor wohl mit dieser „Reparatur“ seiner verletzten Ehre zufrieden ist?

Hamburg. Kriegskontrebande für England. Unter dieser Stichmarke schreibt die Berliner „Volksztg.“ „Jüngst wurde gemeldet, daß in der Saganer und Sprottau'er Gegend große Kartoffelmengen für England aufgekauft worden seien und bereits, seetüchtig verpackt, nach den Hafensstädten zur Versendung gelangten. Das ist richtig. In der Nacht vom Freitag, 18. Oktober, zum Sonnabend, 19. Oktober, und die folgenden Tage wurden im Hamburger Hafen 25 000 Risten Kartoffeln — die Kartoffeln nach England gehen in Säcken) auf den Dampfer der deutsch-australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Duisburg“ verladen, der am Dienstag, 22. Oktober, abgegangen ist. Am 29. Oktober geht der Dampfer „Apolba“ derselben Linie ab. Die Gesellschaft hat, um Ladung zu bekommen, Extra-Frachtzölle für Kartoffeln nach Kapstadt, Algoa-Bay und Moschel-Bay bekannt gemacht. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die für englische Rechnung gekauften Kartoffeln für die englischen Truppen in Südafrika bestimmt sind. Wenn man bedenkt, wie die Engländer rücksichtslos deutsche Postdampfer auf den leeren Verdacht, daß sie Kriegskontrebande führten, beschlagnahmen ließen, so muß es befremden, daß eine deutsche Dampfergesellschaft sich dazu versteht, den Engländern in diesem grauenhaften Vernichtungskriege gegen die Buren-Nation behülflich zu sein. Aus Hamburg wird ferner berichtet: Mit dem gestern Abend von hier nach London abgegangenen Dampfer „Virgo“, Kapitän Wells, sind an den St. Pauli Landungsbrücken achtzig große, kräftige Pferde zur Verschickung gekommen, die für Transvaal bestimmt sind und von England mit einem englischen Subventionsdampfer nach Kapstadt transportiert werden sollen. — Pferde sind unter allen Umständen als Kriegskontrebande zu betrachten. Warum hat die Hamburgische Regierung nicht das Abfahren des damit beladenen Dampfers verhindert? Es ist die Pflicht der Reichsregierung, unter diesen Umständen gegen derartige Neutralitätsverletzungen einzuschreiten und ihre Wiederholung nach-

drücklich zu verhindern.“ — Wetter wird berichtet: Übermals harret Proviant für Südafrika des Abganges aus dem Hamburger Hafen. Wie die „H. N. Z.“ erfahren, werden auf einem Wermannsdampfer große in Risten verpackte Quantitäten Wafre und Schinken nach Kapstadt verladen. Damit sich die Schwären lange halten, sind sie von Gypsumhüllungen umgeben. Der Dampfer geht heute oder morgen ab. Ferner erfährt das Blatt, daß am Wasserschuppen noch neun Waggons Ladungen Kartoffeln lagern, die ebenfalls nach Kapstadt verschifft werden. — Angesichts dieser Thatfachen wäre es im höchsten Grade erwünscht, wenn seitens der Rhebereien mitgetheilt würde, für wessen Rechnung diese Fracht nach Kapstadt geführt wird. Der deutschen Regierung würde es nicht schlecht anstehen, wenn sie sich darüber äußern würde, wie sie heute über die Neutralität denkt, die Deutschland angeblich im Kriege zwischen England und Transvaal einnimmt.

Hamburg. Eine Versammlung der „Freien Vereinigung der Maurer“, welche von einer Kommission einberufen war, tagte Montag in Tütges Etablissement. Die Versammlung war von ca. 200 Personen besucht. Es wurde mit allen gegen 5 Stimmen folgender Beschluß gefaßt: „Die heutige Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Kommission der drei Sozialdemokratischen Vereine die Verhandlung zwecks Vereinigung des „Zentral-Verbandes der Maurer“ und der „Freien Vereinigung“ weiter führt und beauftragt eine Kommission, bestehend aus dem Vorstand und drei Mitgliedern, an dieser Verhandlung theilzunehmen.“ Hoffentlich führen die Verhandlungen zu einem guten Resultat.

Wilhelmsburg. Ein Großfeuer, bei dem ein Mann seinen Tod fand, entstand Sonntag Abend 6 Uhr auf dem Boden eines von 14 Familien bewohnten Hauses. Den herbeigeleiteten 4 Spritzen gelang es nach anstrengender mehrstündiger Thätigkeit, des Feuers Herr zu werden, sodaß nur der Dachstuhl total aufgebrannt und an einigen Stellen die obere Etagebedeckung durchgebrannt ist. Sämtliche Familien mußten jedoch ihre Wohnungen wegen des kolossalen Wassers, welches alle Etagen durchweicht hat, räumen. Zwei Familien haben ihr Hab und Gut durch das Feuer vollständig verloren. Leider hat der 25jährige polnische Arbeiter Domke, der bei der einen abgebrannten Familie logirte, sein Leben eingebüßt, ohne daß die Wehrleute wußten, daß er sich noch in seinem Zimmer befand. Die Logiswirthin hatte ihn bei Ausbruch des Feuers aus dem Bett gezogen, in welchem er, anscheinend angetrunken, mit sämtlichen Kleidungsstücken angethan, schlafend lag. Die Frau hatte dann das Haus verlassen, in der Meinung, daß D. ihr folgen werde. Später vermißte sie D., es war aber schon zu spät. Um 11 Uhr fand man die Leiche am Boden liegen. Noch ein weiteres Menschenleben ist zu beklagen, das indirekt der Feuersbrunst zum Opfer fiel. Zwischen 6 und 7 Uhr, als das Feuer im vollen Gange war, begaben sich die Eheleute Teichmüller nach dem Schulpfad der Schule 1, um das Feuer in Augenschein zu nehmen. Dort angelangt, that die Frau einen Fehltritt und bekam vor Schreck einen Schlaganfall, dem sie erlag. Ein schnell herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod der Bedauernswerthen konstatieren.

Altona. Demonstration gegen den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. Am Sonntagabend wurde der Genosse Thomas aus dem Gefängniß entlassen, wo er 6 Monate wegen Majestätsbeleidigung verbüßt. Zu seinem Empfang hatten sich gegen 3000 Parteigenossen vor dem Gefängniß eingefunden, die den Entlassenen mit Jubel begrüßten und ihn dann im Zuge geleiteten. Es war eine gewaltige Demonstration gegen die moderne Rechtsprechung, die jedes scharfe Wort der Kritik an der gegenwärtigen Politik als eine Majestätsbeleidigung anzulegen geneigt ist.

Oldehloe. Die Unterschriftensammlung für die Petition gegen den Lebensmittelwucher ergab 548 Unterschriften. Bemerkenswert ist noch, daß sämtliche Kleinbauern, Beamten und Arbeiter bei der mündlichen Agitation mit wenigen Ausnahmen gegen die Raubpolitik des Junkerthums sich erklärten, sich aber vielfach fürchteten, die Petitionsbogen zu unterschreiben, weil sie glaubten, seitens der Behörden oder Arbeitgeber gemahngelt zu werden. Wäre dies nicht der Fall, so würden die Stimmen sich um das Neunfache vermehren.

Schönberg. In der Versammlung waren am Freitag die bürgerlichen und bürgerlichen Landesvertreter versammelt. Die Vertreter verlangten, daß den Landtagsabgeordneten in Sachen der Landesgesetzgebung statt der beratenden eine beschließende Stimme eingeräumt werden solle und daß ferner den Abgeordneten die Wahl des Vorsitzenden und die Feststellung der Geschäftsordnung überlassen bleibe. Die Mecklenburgisch-Strelitz'sche Regierung schien mit diesem Vorschlag einverstanden zu sein, sie will jedoch die Beschlußfähigkeit ziffer des Landtages auf 1/3 der Abgeordneten, statt der bisher geltenden einfachen Majorität festsetzen. Hierfür konnten sich die Vertreter selbstredend nicht erwärmen; es bleibt nunmehr abzuwarten, ob die Regierung den Zustand der Rechtslosigkeit weiter bestehen lassen oder demselben durch Vorlage eines den Wünschen der Bevölkerung entsprechenden Gesetzentwurfes abhelfen will.

Groß-Flintbek. Eine Trauung mit Hindernissen. Ein in Langwedel wohnender Maurer wollte, um seiner Ehe die rechte Weihe zu geben, sich am vergangen Freitag in Groß-Flintbek kirchlich trauen lassen. Brautpaar nebst Gefolge fanden sich denn auch pünktlich zuher mit dem Pastor verabredeten Zeit in der Groß-Flintbeker Kirche ein. Wer jedoch nicht erschien, war der Herr Pfarrer. Nachdem die Hochzeitsgesellschaft längere Zeit mit der größten Ungebuld gewartet hatte, erschien endlich der Sohn des Pastors, ein Student, und theilte den Leuten mit, daß sein Vater leider plötzlich erkrankt sei und die Trauung deshalb an diesem Tage nicht vornehmen könne. Das Brautpaar solle einige Tage später wieder kommen. Den Leuten mochte darauf wohl die bereits erfolgte standesamtliche Trauung als völlig genügend erscheinen, denn die Gesellschaft begab sich nach Langwedel zurück und beging dort in der frühesten Weise die Hochzeitsfeier. Inzwischen war aber der Sohn des Groß-Flintbeker Pastors wohl zu der Einsicht gekommen, daß unter solchen Umständen auf die kirchliche Trauung überhaupt verzichtet werden könnte. Kurz entschlossen telephonirte er deshalb an den Pastor in Vorbes-

Helm, daß dieser schleunigt nach Langwedel kommen möge. Da der Student es aber unterlassen hatte, die näheren Umstände mitzutheilen, glaubte der Borsdesholmer Pastor, es handele sich darum, einem Sterbenden das Abendmahl zu erteilen und er begab sich deshalb mit den erforderlichen Gevärtigen nach Langwedel. Dort traf er jedoch statt des Sterbenden die Hochzeitsgesellschaft an, die sich in einem Wirthschaftslokal aufs trefflichste amüßte. Nachdem sich der Irrthum aufgeklärt hatte, wurde der tolle Trubel auf einen Augenblick unterbrochen und die Trauung im Tanzsaal des Wirthshauses vorgenommen.

Für die Aufmerksamkeit meiner Freunde und Verwandten anlässlich unserer Silbernen Hochzeit sagen hiermit unsern besten Dank.
F. Kröger u. Frau, Ravensbüsch

Zu sofort oder Neujahr eine Wohnung von 3 heizbaren Zimmern und 2 Bodenzimmern sowie Boden und Keller zu vermieten. Mietpreis 325 Mk.
Engelsgrube 87.

Zu sofort oder Oetern ein Schuhmacherlehrling.
F. Eggert, Lauerreihe 5a, Burdthor.

Ein Samentisch (Toombau) und eine Stuberbestelle zu verkaufen.
Wilderstraße 35, pt.

Ein guterhaltener Winterpaletot billig zu verkaufen.
Waldenerstraße 18.

Frau Wulf, welche die stunden am 17. d. Mts. Bahmstraße 37 abholte, wird höflichst ersucht, sich zu melden Bahmstraße 37.

Hiermit nehme ich die Verteidigung gegen H. Köster zurück.
T. Niemann

Paul Berliß, Massieur, wohnt jetzt: Reugstraße 41.

Herm. Stiegmann
Sarg-Magazin
35 Hundestr. 35

Lager fertiger Särge in allen Größen u. Preisl., sowie Leichenbelleidungsgegenstände. Nützlichste Auskunfts-ertheilung. Hebernahme ganzer Beerdigungen.

Commoden, 3- und 4-schubladige, sehr hübsch und stark, mit Plakat und Konsolen, nur 16, 17, 18 und 24, 25 Mk.

Koch's Möbelhaus, Marlesgrube 45.

100 Dgd. sehr starke neue Hohlstühle nur 2,50 Mk. das Stück.

Koch's Möbelhaus, Marlesgrube 45.

Büschelkoffer und Gesellenkoffer von 4 Mk. Handkoffer von 2 Mk.

Koch's Möbelhaus, Marlesgrube 45.

Schöne fette Meiereibutter 1 Pfd. 115, 120 Pfg. Fr. vollfetten Tüpfel Käse 1 Pfd. 60, 80 Pfg. Fr. halbfetten Tüpfel Käse 1 Pfd. 40, 50 Pfg. empfiehlt

C. Ohlert, Königstraße 123.

Leere Farbetonnen
hat abgegeben
Friedr. Meyer & Co.
Eine Ladung
Äpfel

durch Anzahl billig zu verkaufen.

L. Jacobsen
Meierstraße 26-26a
und Markthallenstand Nr. 454.

ff. gebrannten Kaffee
aus der Kaffeeerei von L. Koeper
per Pfd. 80 und 100, 120, 140 und 160 Pfg.
empfiehlt

Chr. Ulrich, Dorotheenstr. 14.

Käse, Eier, Wurst, Speck, Schmalz, Margarine u. S. W.
zu billigen Preisen bei

Chr. Ulrich, Colonial- und Fettwaaren,
Dorotheenstr. 14.

Mittwoch Morgen in der Markthalle, Stand 24:

Fr. jung. jett. Hammelfleisch
Kalb- und Rindfleisch
äußerst billig.

Alb. Hidde.

Am Dienstag den 29. d. Mts. eröffne ich ein

Kal- und Schweinwaren-Geschäft
und bitte ein geschultes Publikum am gerügten Besuche.

A. Nordström, Friedensstraße 58.

Bitte meine

Kal- und Speisewirtschaft
in gütige Erinnerung.

Joh. Westendorf
Engelsgrube 87.

Säbener Stadttheater.

Martha oder Der Markt zu Richmond, Oper in 2 Akten von Fr. v. Flotow. Sicherlich gehört "Martha" zu den Opern, welche wegen der ihnen eigenen einfachen, sangbaren Melodien und ihrer leichten Auffnahmefähigkeit seitens des größten Theils des Publikums stets bei guter Aufführung tosende Beifallsklänge erzeugen. Von all dem konnten wir in der Sonnabend-Vorstellung nicht zu viel bemerken. Der Besuch der Oper war ein guter, wänten wir das auch von der Aufführung berichten Gerade der Melodienreichtum, die Natürlichkeit und Ungezwungenheit in der Harmonik der Oper, wenigstens wohl zeitweise das Venale auch

gestreift wird, rufen bei sanfter Wiedergabe regen Beifall nach. Fastlos ging die Ouvertüre vorüber. Der Hauch der Jungheit fehlte fast an allen Stellen der Aufführung. Wenn die Oper, wie der Theaterzettel angab, nur einmal aufgeführt werden sollte, so rechtfertigt sich damit eine minder ausgearbeitete Ausführung nicht. Lieber gebe man eine Wiederholung einer gut einstudierten Oper als volksthümliche Vorstellung, als eine die Gründlichkeit vermissende einmalige Reueinstudierung.

Briefkasten.

Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr.

Engelsgrube 53 H. Mohr Schwönetenquerstr. 1

Möbel-Ausstattungs-Geschäft
empfehlen sein
grosses Lager in **Möblien**, einfach und elegant.
Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.
Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. Ansicht gerne gestattet.

Eine große Partie
Pflaumen und Ringäpfel
offeriert zu sehr billigen Preisen,
so lange der Vorrath reicht,
Johs. Löhmann,
Königsstraße 127.

Kartoffeln und Obst!

Gemüse, Hülsenfrüchte und Conserven als:
Feinste franz. Gierkartoffeln (gut im Kochen) 100 Pfd. 2,75 Mk. } Frei ins Haus
do. Magnum bonum 100 Pfd. 2,25 Mk.
Fas 40 und 30 Pfg.
Winterkohl, große feste Waare, vorzüglich von Geschmack, große Köpfe 15 Pfg.,
extra groß 20 Pfg.
Wiederverkäufer erhalten bei größerer Abnahme 10 Proz. Rabatt, bei halben und vollen
Waggonladungen nach Uebereinkunft.
An Obst empfehle: Gute Kochäpfel, Pfund von 10 Pfg. an (fein Abfallobst)
Schäpfel, als kleine hiesige Grabensteiner und Nonnen, Pfd. 18, 2 Pfd. 35 Pfg.,
ff. Kochbirnen, Pfd. 18 Pfg., 2 Pfd. 35 Pfg.
Alle vorhandenen gangbaren Obstsorten sind in meinem Schaufenster ausgestellt und
bitte dasselbe freundlichst zu beachten.
Beste Weintrauben Pfd. 50 Pfg., ff. Feigen und Datteln Pfd. 30 Pfg. franz.
Wall- und Safelnüsse Pfd. 30 Pfg., Strachmandeln und Traubrosinen.
Hülsenfrüchte als Erbsen Pfd. 15 und 20 Pfg., Bohnen Pfd. 15 und 20 Pfg.,
Linsen Pfd. 20 Pfg.
Conserven: Prima Perlbohnen 2 Pfd.-Doje 50 Pfg., ff. Bohnen
2 Pfd.-Doje 35 Pfg., ff. junge Erbsen 2 Pfd.-Doje 1 Mk., 1 Pfd.-Doje 60 Pfg., Mittel-
sorte 2 Pfd.-Doje 60 Pfg., 1 Pfd.-Doje 35 Pfg., junge Carotten 2 Pfd.-Doje 70 Pfg.,
1 Pfd.-Doje 40 Pfg., pa. ja. große Bohnen 2 Pfd.-Doje 80 Pfg., 1 Pfd.-Doje 50 Pfg.,
Mittelwaare 2 Pfd.-Doje 65 Pfg., 1 Pfd.-Doje 40 Pfg.
Karl Voss, Holstenstraße 27, Telephon 1169.
Garnirte Fruchtkörbe stets in großer Auswahl vorrätig.

Margarine!
Special-Marke
„Natur“

von Klatt & Dittmann, Altona,
an Qualität unübertroffen!
Vertretung und Lager:
Leopold Dose, Lübeck,
Breitestraße 3. Fernsprecher 811.

Berein für Gesundheitspflege
und Naturheilkunde
(arzneilose Heilweise.)

Vortrag
des Herrn Dr. med. Hoffmann
am Freitag den 1. November 1901,
Abends 8 1/2 Uhr, im großen Casino-
saal, Bedergrube.
Thema: „Stoffwechsel und Ernäh-
rung“
Eintrittskarten sind im Vorverkauf
zu 30 Pfg. in der Buchhandlung des
Herrn G. Weiland, Königstr. 73,
an der Abendkasse zu 60 Pfg. zu haben.
Vereinsmitglieder und deren Ange-
hörige — § 3 a der Satzungen — haben
freien Zutritt.

Unspielen

von
fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch
auf einem Tischbillard
am Sonntag den 3. Nov. 1901
Anfang Morgens 11 Uhr. Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet ergebenst ein
Franz Lüth, Karpfenstr. 21.
Quartettverein Amicitia.

Gesellschaftsabend der Sängers
am Sonntag den 3. Novemb.
im Concordia-Garten.
Karten im Vorverkauf à 60 Pfg. sind beim Vor-
stand und bei den Sängern zu haben.
Anfang 7 Uhr. **Der Vorstand.**

Im „Concerthaus Fünshausen“
Wilhelmi's engl.
Marionetten-Theater.
Mittwoch den 30. d. M., Nachm. 4 Uhr:
Große Schul- und Kinder-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen.
Zur Aufführung kommt: Dornröschen. Zum
Schluß: Ballet und Metamorphosen.

Luf
zum
Circus Variété.
Nur noch 2 Tage.
Mittwoch leichtes Auftreten der
Hämblen-Compagnie.
(Pariser Jongler-Act.)
Hoinr. Kalberg
als Humorist.
Dazu alle Kunstkräfte.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
Wir empfehlen die billigen Vorzugs-Silletts.
Donnerstag 2 neue Debüts.

Stadt-Theater.
Mittwoch den 30. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
32. Vorst. 28. Abonn. Vorst. 5. Mittwöch-Abend-
Eintägige Aufführung.
Flachsmann als Erzieher.
Donnerstag den 31. Oktober.
Zum 2. und vorletzten Male.
Lohengrin.

Bräutleute! für wenig Geld elegante
Aussteuern aber auch durabel und stark
gearbeitet, nur
140 Mk und zwar: 1 Sopha, 4 Stühle,
Tisch, Vertikow, Spiegel, eine
2schl. Bettstelle mit Matratze, Waschtisch,
Kleiderschrank, Küchenschrank, Küchentisch,
Küchenstuhl, 2 Garderobenkasten, 4 Rosetten,
und Garderobenhalter, frei Haus geliefert.
Koch's Möbelhaus, Marlesgrube 45.

Alb. Meincke
15 obere Regidienstr. 15.
Damenhemden von 80 Pfg. an
Damenhosen von 85 " an
Damenröcke von 80 " an
Nachtjaden von 80 " an
Kinderhemden von 10 " an
Kinderhürzen von 20 " an
Kinderstrümpfe von 15 " an
Handschuhe von 15 " an
Woll. Shawls von 10 " an
Seidene Tücher von 8 " an
Herren-Hemden von 90 " an
Herren-Schlipse von 4 " an
Unterhosen von 45 " an
Unterjaden von 50 " an
Gg. Normalhemden von 75 " an
Jagdwesten von 125 " an
Regenschirme von 95 " an
Herrenjoden von 10 " an
Hosenträger von 20 " an
Taschentücher von 5 " an
in jeder Gäte, zu bekannt billigen Preisen.

Alb. Meincke
Königsstr., Regidienstr. Ecke
Filiale: Bekkergrube 36.

Grosse Auction!
am Mittwoch den 30. October 1901
Nachmittags 2 1/2 Uhr
14 Hundestr. 14
über: 1 Sopha, 2 Stühle mit braunem Nirs-
bezug, 1 gradlehniges Sopha, ferner ein großer
Boden emaillierte Waschlummen, Kaffeekannen
und Theekessel, Spielwaaren und Puppen,
Zithern, Porzellanwaaren, Uhren, Handschuhe,
Herren-, Damen- und Kinderschuhwaaren,
Blusenabalen, Bilder mit Musik, Cigarren, Port-
und Moselweine, Photograph, Nippfiguren,
Alban, Bilderrähme, getragene Kleidungsstücke
u. v. u. G. m.
Joachim Ch. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Busch's Möbelmagazin
— Alfstraße 21 —
empfiehlt:
1 schlaf. Bettstellen von 11.— Mk. an.
Kleiderschränke " 16.— " "
Commoden " 16.— " "
Sophasitze " 14.— " "
Hohlstühle " 4.50 " "
Polsterstühle " 7.— " "
Theeschränke " 16.— " "
Vertikows " 25.— " "

Seifen-Special-Geschäft
von Christian Jörs
Schüsselbuden 10 Lübeck Schüsselbuden 10.
Achtung!
Sanitätsverband
der freien Hülfsstaffeln Lübeck's.

General-Versammlung
am Donnerstag den 31. October
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Jüngere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.
NB. In dieser Versammlung sind sämtliche
Sachverhalte mit einzuführen.

Ein Sturmzeichen für die Arbeiterorganisationen.

saz. Nach dem Inkrafttreten des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches tauchte naturgemäß die Frage auf, ob es für die Gewerkschaften irgendwie zu empfehlen sei, ihre Eintragung ins Vereinsregister, die nach § 21 ff. möglich geworden war, vollziehen zu lassen oder nicht. Die Gewerkschaften erkannten sehr bald, daß es erstens zumeist vergebliche Mühe sein würde, die Eintragung nachzusuchen und zweitens, daß diese Eintragung den vornehmsten Zweck der Gewerkschaften, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Mitglieder zu erkämpfen, nicht fördern könne. Der § 31 schon, der lautet:

„Der Verein ist für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadenersatz verpflichtete Handlung einem Dritten zufügt.“

würde jede Gewerkschaft in die Gefahr bringen, daß ihre Klassen durch irgendwelche ja nicht schwer zu konstruierende Schadenersatzansprüche der Unternehmer bei Streiks, Werkstattpfennen u. in Anspruch genommen werden könnten, wie das Taff-Thale-Urtheil in England, auf das wir später noch eingehender zu sprechen kommen, beweist.

Da ist ferner § 43, der ein richtiges Fangeisen für jede Gewerkschaft wäre, die die Aufgaben einer modernen Organisation erfüllen will. Er lautet:

„Dem Vereine kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er durch einen gegenwärtigen Beschluß der Mitglieder-Versammlung oder durch gegenwärtiges Verhalten des Vorstandes das Gemeinwohl gefährdet.“

Einem Vereine, dessen Zweck noch der Satzung nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen solchen Zweck verfolgt.

Einem Vereine, der nach der Satzung einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck nicht hat, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen solchen Zweck verfolgt.

Einem Vereine, dessen Rechtsfähigkeit auf Verleumdung beruht, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen anderen als den in der Satzung bestimmten Zweck verfolgt.“

In § 47 heißt es:

„Fällt das Vereinsvermögen (im Fall der Auflösung oder der Entziehung der Rechte eines eingetragenen Vereins) nicht an den Fiskus, so muß eine Liquidation stattfinden.“

Schon aus diesen gesetzlichen Bestimmungen ist zu ersehen, daß wir mit unserer Ansicht, die Eintragung könne den Gewerkschaften zum „Fangeisen“ werden, recht haben. Gesezt den Fall, eine Gewerkschaft, die ins Vereinsregister eingetragen wäre, würde gezwungen, einen Streik zu proklamieren, giebt es auch nur einen Gewerkschaftler, der nicht davon überzeugt ist, daß für die deutschen Behörden nichts leichter wäre, als einer Gewerkschaft nachzuweisen, daß sie sich dadurch mit politischen oder sozialpolitischen Dingen beschäftigt habe? Eine Gewerkschaftsorganisation, die ihren Mitgliedern etwas nützen soll, muß sich, wenn nicht schon mit politischen, so doch mindestens mit sozialpolitischen Dingen befassen. Jeder Vortrag in einer Gewerkschaftsversammlung über die Verbesserungsgesetze, über das Koalitionsrecht, über die Gewerbeberichte u. s. w. ist doch sozialpolitisch. Bei einem Streik nun müßte oder würde natürlich — die Unternehmer würden schon solange demütigen — die Gewerkschaft geschlossen, die Auszahlung von Geldern sistiert werden. Also gerade, wenn eine Gewerkschaft ihre Fonds am nötigsten braucht, würden sie gesperrt werden und dadurch jede Aktion gelähmt. Es heißt nämlich in § 51:

„Das Vermögen darf den Unfallberechtigten nicht vor dem

Ablauf eines Jahres nach der Bekanntmachung der Auflösung des Vereins oder der Entziehung der Rechtsfähigkeit ausgeantwortet werden.“

Obgleich das wohl schon vollkommen genügt, um jedem Klassenbewußten Arbeiter den Wunsch auszutreiben, einer eingetragenen Berufsorganisation anzugehören, so sind doch damit die Schwierigkeiten noch nicht erschöpft. § 72 bestimmt: „Der Vorstand hat dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit ein Verzeichnis der Vereinsmitglieder einzureichen.“ § 79 lautet: „Die Einsicht des Vereinsregisters, sowie der von dem Vereine bei dem Amtsgerichte eingereichten Schriftstücke ist jedem gestattet. Von den Eintragungen kann eine Abschrift gefordert werden; die Abschrift ist auf Verlangen zu beglaubigen.“ Und der Kommentar zu dem letzten Paragraphen besagt, daß die Glaubhaftmachung eines Interesses an der Einsichtnahme nicht nothwendig ist.

Abgesehen davon, daß es wohl keine Kleinigkeit wäre für eine Gewerkschaft, die nach vielen Tausenden zählt, eine Mitgliederliste einzureichen, macht das Wortchen „jederzeit“, selbst wenn nur die Veränderungen im Mitgliederstand zu berücksichtigen wären, dieser unmöglich, ohne ganz ungemessene Ausgaben für Verwaltung, der Bedienung nachzukommen. Aber viel schlimmer ist die Bestimmung, daß die Mitgliederlisten zu Jeder-manns Einsicht bereitzuliegen. Welch eine willkommene Gelegenheit für die Herren Unternehmer, sich über ihre Arbeiter zu unterrichten! Gewisse Unternehmer bekämpfen die Organisationen ihrer Arbeiter mit solcher Wuth, daß sie sich eine so bequeme Gelegenheit, sich die Mitgliederliste ausfertigen zu lassen, sicher nicht entgehen lassen würden: die Mitgliederlisten würden als schwarze Listen wirken.

All diesen Nachtheilen gegenüber wirken die geringen Vortheile: Festschließung einer Kündigungsfrist (bis zu 2 Jahren) für Austritt, Einlagbarkeit der Beiträge u., dergleichen. Es ist deshalb auch gar nicht erst der Versuch gemacht worden, von diesem Danaergeschenk Gebrauch zu machen. Nur der Leipziger Buchdrucker-Verein hat wohl einmal, als es sich um einen Grundstücksverkauf handelte, um die Inkorporation nachgesehen, wurde aber abgewiesen, was an und für sich nicht gerade ermutigend auf andere wirken mußte.

Trotz dieser sehr begreiflichen fühligen Zurückhaltung der Gewerkschaften, die dafür dankten, fortwährend das Damoklesschwert der Auflösung oder Lahmlegung über sich zu hängen, wurden die bürgerlichen Arbeiterfreunde wie Brentano, Naumann u., nicht müde, immer und immer wieder den deutschen Arbeitern die Inkorporation zu empfehlen, und alljährlich wird im deutschen Reichstage ein Gesetzentwurf eingebracht, der für die Gewerkschaften die Rechte einer „juristischen Person“ verlangt, nachdem das neue Bürgerliche Gesetzbuch nur sehr unvollkommen, wie wir gezeigt haben, den Gewerkschaften die Möglichkeit gewährt, von dem Rechte der Eintragung Gebrauch zu machen. Da erhellt wie mit Rücksicht ein für die Gewerkschaftsbewegung hochbedeutender Vorgang in dem kapitalistisch am weitesten entwickelten England die Situation und zeigt den Arbeitern die Zweischneidigkeit des Rechtes der Inkorporation überall dort, wo auch die Rechtsprechung kapitalistisch infiziert ist — und das ist in allen Industriestaaten der Fall. Das Urtheil des Hauses der Lords in Sachen der Taff-Thale-Eisenbahn zeigt die Gefahr, in die das Recht, für Eigenthumsbeschädigungen klagbar aufzutreten und Eigenthum zu erwerben, sie stürzen kann, weil die Konsequenz dieses Rechtes natürlich die ist, daß sie auch haftbar sind mit ihren Fonds für Schäden, die — angeblich — durch Streiks, Streikpostenstreichen u. einem oder mehreren Unternehmern zugefügt werden. Der Streik würde unmöglich gemacht damit.

Die englischen Gewerkschaften haben seit 1871 das Recht, wenn sie sich in ein öffentliches Register eintragen lassen, Grund und Boden zu erwerben und für Eigenthumsbeschädigungen klagbar aufzutreten. Eine ganze Anzahl von Vereinen — im Jahre 1898 waren es 594 mit 1234635

Mitgliedern — machten von diesem Rechte Gebrauch. Kein englischer Gewerkschaftler hätte geglaubt, nachdem sie jahrelang ungeführt geblieben waren, daß ein englisches Gericht durch ein Urtheil geradezu die Existenz der englischen Gewerkschaften gefährden könnte, und zwar durch ein Urtheil auf Grund eben jenes Rechts. Der Prozeß, der einen so folgenschweren Ausgang nahm, begann vor etwa einem Jahr und richtete sich gegen die Eisenbahnergewerkschaft, die ca. 80000 Mitglieder zählt. Auf den Linien einer Eisenbahngesellschaft war ein Streik ausgebrochen, bei dem Mitglieder der Gewerkschaft einige Arbeitswillige angegriffen und an der Ausübung ihrer Streikbrecherthätigkeit gehindert hatten. Die Gesellschaft klagte gegen die Gewerkschaft wegen des ihr zugefügten Schadens. In der Verhandlung wurde sie zum Schadenersatz verurtheilt. Der Appellhof gelangte indes zu einem anderem Urtheil und entschied, die Eisenbahnergewerkschaft sei keine Organisation und könne nicht verklagt werden. Das Haus der Lords aber, das oberste Gericht, gegen das es keine Berufung giebt, stellte das Urtheil erster Instanz wieder her.

Der englische Gewerkschaftskongreß raffte sich nur zu einem sehr schwächlichen Protest gegen diesen verhängnißvollen Schlag auf. Es soll ein anderes Urtheil provoziert werden. Soviel ist aber sicher, was in England, dem klassischen Lande der Gewerkschaftsbewegung, möglich war, das würde in Deutschland natürlich sofort in Szene gesetzt. Der § 43 des B. G. B. bietet die Handhabe zum Vorgehen. Die deutschen Arbeiter werden sich also sehr bestimmen, ehe sie sich dieser Gefahr aussetzen. Da ist schließlich der jetzt herrschende Zustand der halben Rechtslosigkeit vorzuziehen. Nur wenn sich die Gewerkschaften auf den Standpunkt der harmonieduldfähigen evangelischen, katholischen und Hirsch-Duncker'schen Arbeiter stellen wollten, könnten sie ohne Gefahr für ihre Erdrosselung von der Erwerbung des Rechts einer juristischen Person Gebrauch machen. Wenn sie Klassenbewußte Gewerkschaftspolitik treiben wollen, müssen sie auf die Inkorporation, Eintragung, verzichten, um ihre Klassen nicht den Angriffen der Unternehmer auszuliefern.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In der Lohnbewegung der Berliner Schlächtergejellen ist jetzt eine Aenderung insofern eingetreten, als z. B. Verhandlungen mit einigen Meister-Korporationen gepflogen werden. Die bisherigen Mißsprachen haben ergeben, daß die Meister eventuell geneigt sind, die Sonntagskündigung und Entlastung abzuschaffen und eine Regelung der Arbeitsvermittlung durchzuführen. Der vollständige Abschluß der Verhandlungen ist jedoch vor Mitte November nicht zu erwarten. — Die Arbeiter der Schuhfabrik in Nancy (Frankreich) über 1200 an der Zahl, sind in den Unzustand getreten, in 17 Fabriken ruht die Arbeit ganz. — In Cadix (Spanien) ist ein allgemeiner Heizer-Ausstand ausgebrochen.

Zur Beendigung des Tabakarbeiterstreiks schreibt man unserem Erfurter Parteiorgan von dort: „Auf Beschluß einer Versammlung wurden die Kommissionen der Tabakarbeiter nochmals bei den acht bekannten Fabrikanten vorstellig, um bezüglich der Arbeiter zu unterhandeln. Die Fabrikanten erklärten zunächst, einen kleinen Theil einstellen zu wollen. Hierauf wurden die Abstimmungen in den einzelnen Fabriken vorgenommen und einigte man sich überall dahin, den Widerstand des ungünstigen Standes des Kampfes wegen aufzugeben. Des wirkliche Ende des nunmehr in der 27. Woche tobenden Kampfes dürfte nach den gegebenen Verhältnissen noch eine Zeit ausstehen. Der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, nehmen die ein halbes Jahr im Kampfe gestandenen Tabakarbeiter die Arbeit wieder auf. Das Koalitionsrecht ist errungen. Die acht Fabrikanten haben erklärt, nichts gegen den Verband fernerhin unternehmen zu wollen. Gut denn, wir wollen

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft. Von Wilhelm Braunsdorf.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wie schon der älteste Zustand der Sklaverei weder durch religiöse, noch philosophische, noch juristische Einflüsse aufgehoben wurde, sondern einzig und allein wirtschaftliche Verhältnisse die Aufhebung zur Nothwendigkeit machten, so auch die Beseitigung der Sklaverei in ihrer neueren abgeschwächten Form der Leibeigenschaft. Auch hier bildeten wirtschaftliche Gründe die treibende Kraft. In Preußen wurde die Leibeigenschaft als solche 1809, in Böhmen und Mähren 1781, in den deutschen Erblanden 1782, in Württemberg 1817, in Bayern 1818 aufgehoben, wonach auch die übrigen deutschen Staaten folgten; die letzten Reste wurden 1832 in der sächsischen Oberlausitz gerügt. Freilich waren diese Reformen so, wie herrschende Klassen überhaupt zu reformiren pflegen. Ihre Reformen fangen da an, wo die Herrschaft der Unterdrückten beseitigt werden soll und hören da auf, wo die Fesseln der Unterdrückten gelockert werden könnten. Die preussische Reform des gutsherrlichen Verhältnisses war ein jahrzehntelanges Bauernsterben und Bauernverderben. Die Personalfreiheit war hergestellt, aber die wirtschaftliche Unfreiheit blieb in wiederum neuer Form bestehen — in der Form der Lohn- und Zins-sklaverei!

Die Einführung der Leibeigenschaft in Rußland ist späteren Datums und erfolgte in Verbindung mit der Ausbildung des allerdings beschränkten Gemeindebesitzes. In älterer Zeit gab es in Rußland nur freie Bauern und wirkliche Sklaven. Soweit aber die Bauern nicht eigene Hofstellen besaßen, waren sie Pächter auf den Staatsdomänen, Kirchen- und Adelsgütern. 1460 wurde den Klöstern und Gutsbesitzern das „Recht“ verliehen, den Pächtern die Kün-

digung zu versagen. So waren letztere auf „gesetzlichem“ Wege zum Weiden gezwungen. Das war der erste Schritt! Durch Gesetz von 1492 wurde dann das Verziehen der Bauern durch hohe Abstandsabgaben weiter erschwert. Die Schoollenpflichtigkeit bereitete sich vor! Bei einer mit Hungersnoth verbundenen Pestepidemie, wo Jedermann dem Verderben zu entfliehen suchte, wurde provisorisch verfügt, daß kein Bauer seinen Hof verlassen dürfe. Was nur temporär verfügt war, blieb durch Mißbrauch und rohe Gewalt bestehen. Was ein Kautshier einmal in den Krallen hat, giebt es so leicht nicht wieder heraus! Durch Ukas vom 21. November 1597 wurde die Schoollenpflichtigkeit der Landleute zum Gesetz erhoben und zwar gleich mit rückwirkender Kraft für fünf Jahre, wonach alle Bauern, die von den Dienst- und Erbhütern der Boyaren und der übrigen Gutsbesitzer wegelaufen waren, mit Weib und Kind zurückgebracht werden sollten.

Jeder Flüchtling, den ein Gutsbesitzer in seinem Walde fand, war dessen Eigenthum. Seit Mitte des 17. Jahrhunderts waren die russischen Bauern, mit wenigen Ausnahmen, völlig an die Scholle gebunden und Zar Peter d. Gr. führte sodann, wiederum durch „Gesetz“, auch die persönliche Leibeigenschaft ein, welche dem Grundadel ein freies Verfügungsrecht über seine Bauern einräumte. Damit war der Willkür und Grausamkeit Thor und Thür geöffnet. „Er ist mein Erberb!“, schnarrte ein junger Edelmann mit unfähiger Impertinenz durch die geschwollenen Nasenlöcher und zog die Mundwinkel in gräßliche Falten, „er ist mein Erberb, und ich kann mit ihm machen, was ich will!“ Und das that er denn auch mit einem Geiste, das Abromesky'sche Ehre gemacht haben würde. Alle menschlichen Vorstellungen wurden übertroffen von der geübten Bestialität. Ließ man doch sogar junge Windhunde von Bäuerinnen fangen — natürlich mit „Bewilligung“ der Ammen. Warum konnte der „Herr“ mit der ausübenden Gewalt am Gürtel den Bauer nicht bereitwillig machen? Das der Grundadel für

seinen alten, arbeitsunfähig gewordenen Leibeigenen zu sorgen verpflichtet war, stand natürlich nur auf dem Papier. Der Herr sorgte in seiner Weise. Rußlandreisende fanden genug Winde am Wege, denen in den Rauchsöhlen die Augen ausgebeizt waren, und denen der Herr nun die „Erlaubniß“ erteilt hatte, in seinem Gebiete zu betteln. So war der Herr seiner Pflicht enthoben.

Die leibeigenen Bauern waren nicht völlig landlos. Die zu einem Dorfe gehörenden Bauern erhielten eine gewisse Fläche als Gemeindefeld zu Eigenthum, in das allerdings der Gutsherr Leute einzuweisen oder aus ihr fortzunehmen berechtigt war. Später lebte der Grundadel meist fern von seinen Gütern in Petersburg oder im Auslande. Die eingesezten Verwalter trieben es ärger als die Herren. Durch ein raffiniert ausgeklügeltes Raubsystem plünderten sie die Bauern bis aufs Hemd und verübten die schändlichsten Grausamkeiten. Zahlreiche Leibeigene strebten vom Gute fort und der gewerblichen Arbeit zu. Gegen Zahlung des „Dobro“, einer jährlichen nicht unbedeutenden Abgabe an ihren Herrn wurde vielen der Aufenthalt außerhalb des Gutes gestattet. So kam es, daß in den Städten Fabrikarbeiter, Handwerker und Künstler von Ruß, selbst Kapitalisten lebten, die in ihren Gemeinden noch als „leibeigen“ eingeschrieben waren.

Unter diesen furchtbaren Verhältnissen konnte von einem kulturellen Fortschritt in Rußland keine Rede sein. Drum gab es keine allgemeine Bildung, sondern nur einzelne Verfeinerung, keine allgemeine Geselligkeit, sondern nur einzelne Güte. Der Sprung ging von dem krassesten Aberglauben zu der wildesten Jügellosigkeit. Auf solchem Boden mußte die religiöse Sektenduld üppig gedeihen. Keine Wohlhabenheit, sondern nur Reichthum und Armuth, Pracht und Elend — und keine Häuslichkeit. Während die Obelleute ihre oft ungeheuren Einkünfte verpraßten, wohnten die Erzeuger derselben, die Bauern, wie Trogelbotten (Höhlenbewohner) und sahen oft kaum noch menschlichen Gestalten ähnlich.

sehen! Bei den letzten Verhandlungen über die Einstellung scheute man sich nicht, wiederum durchblicken zu lassen, daß für die in Arbeit tretenden gewisse Paragrafen bereit liegen, um sie event. aufs neue zu knebeln. . . Der größte Theil der Kämpfenden liegt zur Zeit noch auf der Straße und ist die Noth in den Reihen der Männer und Frauen eingerissen; die Unterstützung ist deshalb nach wie vor eine Nothwendigkeit.

Eine Arbeitslosenversammlung in Breslau forderte von den sozialistischen Stadtverordneten Brühns und Schütz die Einbringung einer schlemigen Interpellation wegen Vornahme städtischer Nothstandsarbeiten.

Eine allgemeine Arbeitslosenzählung veranstaltet der Zentralverband der Firsch-Dunder'schen Gewerkschaften am 15. November. Es werden an alle Ortsvereine Fragebogen versandt, in denen die Zahl der Arbeitslosen, die Dauer und die Ursache der Arbeitslosigkeit angegeben werden soll.

Nach ein Zeichen der Zeit. Bei der städtischen Sparkasse in Berlin waren im September d. Js. die Rückzahlungen um 720 773 Mark größer als die Einzahlungen.

Wahlen zum Reichsversicherungsamt. In der Industrie und Landwirtschaft wurde die gesammte Liste der von den Gewerkschaften (General-Kommission) vorgeschlagenen Kandidaten gewählt; in der Seeverbändeorganisation ist die Liste der Klassenbewußten Arbeiter leider unterlegen.

Nach Stumm'schem Muster. Die Zeitung der Zinkhütte auf Virkingang (Rheinland) hat durch Bettelanschlag bekannt gemacht, daß die Vertheilung von Gewerkschaftsblättern innerhalb der Hütte verboten sei und daß Zuwiderhandlungen mit Entlassung bestraft würden. Unter den Arbeitern dieser Zinkhütte hat fast nur der Berufsverband der christlichen Blei-, Zink- und chemischen Fabrikarbeiter Mitglieder.

Zu freundlich! In Dhlgs (Rheinprovinz) hatte Genosse Linder, der Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums ist, gegen seine zu hohe Einschätzung zur Einkommensteuer reklamiert. Er wollte seinem Einkommen angemessen nur 6 Mark Einkommensteuer zahlen. Der Erfolg seiner Reklamation war ganz ungewöhnlich. Er erhielt den Bescheid, daß ihm die Steuern gänzlich erlassen seien. Vom Bürgermeisteramt erhielt er aber gleichzeitig die Ankündigung, daß auf Grund seiner Steuerbefreiung sein Stadtverordnetenmandat erloschen sei. — Eine neue Art, sich sozialdemokratische Stadtverordnete, die manchmal unbequem werden, vom Hals zu schaffen! Da aber Genosse Linder das allzugroße Entgegenkommen der Steuerbehörde nicht zu würdigen weiß, so wird er alle Hebel in Bewegung setzen, um Steuern zahlen und sein Stadtverordnetenmandat behalten zu können.

Aus Nag und Fern.

Seine Chronik. Großes Aufsehen erregt in Thorn die Verhaftung des Zahnarztes, Dr. Grün, welche auf Anordnung der Staatsanwaltschaft erfolgte. Derselbe wird beschuldigt, sich gegen ein Dienstmädchen, welches sich zu ihm in Behandlung gegeben, während der Nacht geschlechtlich verhalten zu haben. Dem Angebot des Angeeschuldigten, ihn gegen eine Kaution von 70 000 Mk. freizulassen, wurde nicht entsprochen. — In Lauban (Schlesien) sind 3 Typhusfälle vorgekommen. — Eine Aufsehen erregende Verhaftung wird der Breslauer „Volkswacht“ aus Neudorf in Obererschlesien gemeldet. Der dortige Amtsanwalt und Kirchenvorstand Wode wurde wegen Sittlichkeits-Verbrechen, die er in Neudorf'scher Parkanlagen an zwei Schulkindern im Alter von acht und neun Jahren verübt hat, verhaftet. — Freitag Vormittag hat in Niederpeterswitz bei Dresden die Bahnarbeiter-Chefmann Kemmann ihr Kind und sich selbst mit einem Brodmesser erschossen. Das Motiv zu dieser unglücklichen That ist noch unbekannt. — In Kalk bei Köln stürzte das Gerüst eines Neubaus ein. Mehrere Personen stürzten in die Tiefe. Der Stadtbauinspektor blieb sofort todt. — Eine sensationelle Skandalaffäre wird der „Frankf. Ztg.“ aus Burghausen (Bayern) gemeldet. Der dort stationirte Betriebsleiter der Lokalbahn Mühlberg-Altötting-Burghausen hat an den ihm unterstellten Lokalbahn-Agentinnen mehrfach Nothzuchtbedelitte verübt, die theils während dienstlicher Reisen im Koupe, theils in den Bureauz begangen wurden. Eine Agentin hat er sich unter dem Vorwand, sie vorwärts zu bringen, theils mit Gewalt,

theils durch Zureden zu Willen gemacht. Die schmutzigen Dinge kamen durch anonyme Briefe, die der Staatsanwalt in Traunstein erhielt, zur Kenntniß der Behörden. Gegen Betriebsleiter Preiser, der pragmatischer Beamter der Staatsbahn ist und Familie hat, ist bereits gerichtliche Untersuchung eingeleitet. In Burghausen und Altötting herrscht ob dieses Skandals große Aufregung. — Der Arbeiter einer Drogerie in Wintertur hatte aus dem Geschäft in der Meinung, es sei Salz, Natriumnitrat mit nach Hause genommen. In Folge Genusses von Speisen, die mit dem Gifte zubereitet wurden, sind zwei Kinder gestorben. — Aus Borsbrow seine Frau getödtet hat bei einer Hochzeitsfeier der 26jährige Maurer Michael Marankiewitsch in Krakau. Nachdem die Hochzeitsgäste schon so manches Gläschen über den Durst getrunken hatten, fingen sie an sich zu zanken. Namentlich Marankiewitsch hatte es auf einen gewissen Zaremba abgesehen. Der gewaltthätige Mensch zog sein Messer hervor und warf sich auf Zaremba. Die Ehefrau des Marankiewitsch, eine 22jährige Cigarrenarbeiterin, befürchtete ein Unglück und wollte die beiden Männer auseinanderreißen. Dabei erhielt sie von ihrem Manne, der blindlings darauf losstach, einen Messerstich in die Brust, so daß sie sofort todt zusammenbrach. Marankiewitsch geberdete sich nun wie ein Wahnsinniger. Er lebte mit seiner Frau in glücklichster Ehe. Marankiewitsch wurde verhaftet. — Ein Kaufmann Weiß hatte in Budapest einen Laden verkauft. Der neue Käufer entdeckte, daß das ganze Waarenlager fingirt war. Die Kaffeesäcke enthielten Bohnen, die Kamäffer Essig, die Mehlsäcke nur Kieselsteine und Papierstempel. Die Zuckerkaffee waren mit Gips gefüllt, statt Oris gab es nur Sägespähne. Weiß ist flüchtig. — In der Obmündung wurde nach einer Melbung aus Tjumon (Westibirien) vor einiger Zeit ein fossiles Skelett gefunden, das für das eines Mammut's gehalten wurde. Die Untersuchung ergab indes, daß der Fund ein Walfischskelett und darum besonders werthvoll sei.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer in Braunsberg der Arbeiter Karl Löbert aus Pöthen zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Majestätsbeleidigung soll er im Februar dieses Jahres begangen haben. Natürlich handelt es sich nur um eine unüberlegte thörichte Redewendung.

Was sich ein Millionär leisten kann. Der amerikanische Millionär Morgan hat Gemälde von bekannten Malern im Betrage von 3 1/2 Millionen Francs erworben. Mit den jüngst von ihm gekauften Gemälden hat Morgan innerhalb sechs Monaten zehn Millionen Francs ausgegeben.

Von der Behmünde in Dortmund wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Durch die deutsche Presse ging vor einiger Zeit die Nachricht, die alte Behmünde mit dem Freijuhl in Dortmund müsse den neuen Bahnhofsanlagen weichen. Das würde denn auch wohl so gekommen sein, wenn die Dortmunder es nicht durch Anrufung der Hilfe des Landtages fertig gebracht hätten, den Minister zu veranlassen, ein neues Umbauprojekt vorzulegen. Nach Mejem wird der Bahnhof doch gelegt, die Gleise werden über die Straßen geführt, das Gelände, wo die Behmünde inmitten der Bahnhofsanlagen steht, kommt nicht in Frage. Im vergangenen trockenen Sommer ist die Linde verdorrt, ob sie nochmals ausschlagen wird, muß abgewartet werden. Aus dem Wurzelwerke wachsen aber neue Schößlinge in großer Zahl empor.

Ein seltsamer Doppeltreiß ist in dem am Eingang zum Leininger Thal gelegenen Dorfe Kleinertzbach zum Ausbruch gekommen. Aus Mergel darüber, daß das Bezirksamt Frankenthal (Pfalz) die vom Gemeinderath bewirkte Verpachtung der Feldjagd nicht genehmigt, sondern eine Neuverpachtung ausgeschrieben hat, legten sowohl der Adjunkt als auch acht Gemeinderäthe ihre Mandate nieder, jedoch eine Gemeinderathsergänzungswahl erforderlich wurde. Als diese dieser Tage vorgenommen wurde, zeigten sich auch die Wähler vom Streikfieber ergriffen, indem von 111 Wahlberechtigten nur acht abstimmten. Damit hatte aber die Streikbewegung noch keineswegs ihr Ende erreicht. Denn als man den neugewählten acht Gemeinderäthen das Ergebnis der Wahl mittheilte, lehnten von diesen wiederum vier die auf sie gefallene Wahl ab. Außerdem legten die neugewählten vier Erzejmänner die ihnen anvertrauten Mandate nieder. Der Gemeinderath besteht somit jetzt aus einem vollen Mitglieder-Drittel

weniger, als die Mitgliederzahl beträgt, auf die er nach Recht und Gesetz Anspruch hat. Daß eine vom Bezirksamt auszuschreibende nochmalige Ergänzungswahl an diesem Zustande etwas ändern und den status quo wieder herstellen wird, erscheint bei den harten Köpfen der pfälzischen Bauern sehr fraglich.

Vom Arbeiter zum Premierminister hat es Richard Seddon, der Chef des Cabinets auf Neu-Seeland, gebracht. Seine Biographie wird von Frederick Dolman im „Windsor Magazine“ erzählt. Seddon ist Arbeitsminister und Urheber eines Alterspensionsgesetzes für Arbeiter, das auf dem fernem Archipel eingeführt ist und von kompetenten Beurtheilern für das Ideal eines derartigen Gesetzes gehalten wird. Seddon ist ein „self-made-man“ im strengsten Sinne dieses Wortes. Er ist der Sohn eines Arbeiters aus Lancashire, und er wanderte in jugendlichem Alter in die Kolonie Victoria aus. Dort war er mehrere Jahre hindurch Heizer und später Lokomotivführer. Im Jahre 1875 siedelte er nach Neu-Seeland über und ließ sich dort als Schankwirt bei den Arbeitern im Goldbergwerk in Kumara auf der Süd-Insel nieder. Zwei Jahre später schickten ihn die Arbeiter als Abgeordneten zum Grafschaftsrath und im Jahre 1879 wurde er zum Deputirten für den Wahlkreis Hokitika erwählt.

Ein Wild aus der Besten aller Besten. In Schwarzburg in Thüringen ist die Familie des Arbeiters Toth, bestehend aus Mann, Frau und vier Kindern, seit sieben Wochen obdachlos und kampirt im Freien. Das jüngste im „Feldlager“ befindliche Kind zählt ein Jahr. Die Familie wurde Ende August ermittelt und findet nirgends Unterkommen. Von Gerichts wegen wurden die Obdachlosen als nicht unterstützungsbedürftig anerkannt. Der Zustand der Familie ist jämmerlich; die Betten, von Regen oder Thau allmählich durchtränkt, werden tagsüber zum Trocknen aufgehängt, die Möbel fangen bereits an zu faulen usw.

Das Verbot des Ausspuckens auf die Bürgersteige wird in Sidney streng gehandhabt. „Der „Sydn. Ztg.“ wird von dort berichtet: Wegen Nichtbeachtung des Verbotes des Ausspuckens auf die Bürgersteige wurden an einem Tage 16 Personen vor das Central-Polizeigericht gestellt und jede zu 10 Sh. Geld- oder drei Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt. So meldet der Polizeibericht und giebt damit Kenntniß von einer Maßregel, die endlich jener abscheulichen Unsitte einen Riegel vorziehen soll. In ganzen Städten werden die Mißthäter zur Rechenschaft gezogen, und gar stolze Namen sind unter ihnen. Alltäglich werden 10 bis 20 abgehan, und da 10 Mk. für einmaliges Ausspucken doch etwas theuer ist, wird's ja wohl bald besser werden. Die Nachahmung ist auch anderwärts zu empfehlen. Da der Schutzmann 1 Mk. „Fünderlohn“ für jeden Uebelthäter erhält, so ist er scharf auf dem Posten.

Erfindersack. Der Elektrotechniker Birap, der Erfinder der mehrfachen Schnelltelegraphie, die vor ungefähr zwei Jahren zwischen Berlin und Budapest zum ersten Mal auf ihre Leistungsfähigkeit erprobt wurde und damals das Aufsehen aller Fachkreise im höchsten Maße erregte, ist, wie aus Budapest gemeldet wird, dort im größten Glend gestorben. Der Unglückliche erreichte ein Alter von kaum 32 Jahren.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 4. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Einige Spähungen. — Nachklänge zum Lübecker Parteitag. Von H. Bebel. — Die Handelspolitik in Oesterreich. Von Viktor Jeller, Wien. — Fünfzehn Jahre Bergarbeiter-schug in Deutschland. Von Otto Hue. — Fabrik-Feudalismus. Von Wilh. Düwelle-Essen. — Notizen: Die letzten Kaisermandate. — Literarische Rundschau: Dr. Paul Rohrbach, Im vorderen Asien. — Feuilleton: Dem neuen Jahrtausend entgegen. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Krauer. (Schluß.)

Sternschanz-Buchmarkt.

Hamburg, 28. Oktober.

Der Schwerehandel verläßt gut. Geführt werden 270 Stk., davon vom Norden — vom Süden — Süd. Preise: Sengschweine — Mk. Verbandschwein, schwere 62—63 Mk., leichte 61—62 Mk., Sauen 53—57 Mk. und Kerle 58—62 Mk. pr 100 Pfd.

In Russland stieß die Aufhebung der Leibeigenschaft auf viel größere Schwierigkeiten wie in Deutschland. Schon der mit den liberalen Ideen kokettirende Alexander I. erzielte eine gütlich-bäuerliche Reform, doch gelang ihm dieselbe in zweifelhafter Art nur in den kaltschen Provinzen Livland, Estland und Kurland. Sein Nachfolger Nikolaus I., welcher mit eiserner Faust jede selbstständige Bewegung der Nation zertrat, erließ zwar einige Maße zur „Erleichterung“ der Leibeigenschaft, die aber wirkungslos blieben. Erst unter Alexander II. erfolgte die Aufhebung der Leibeigenschaft durch Gesetz vom 19. Februar 1861 für die ganze Monarchie, nachdem inzwischen die wirtschaftliche Entwicklung auch in Russland hindrängte. Mit dieser Reform stand es nicht anders wie mit der in Preußen. Sie brachte die russischen Bauern in gewissem Sinne aus dem Regen unter die Traube. Sie wußten ihre persönliche Freiheit durch die jeweiligen „Loskauf-operationen“ theuer zu erkaufen. Sie waren „frei“, dafür gerathen sie in die Schuldenfessel, die für angezählte Tausende der wirtschaftliche Ruin an ihrer „eigenen“ Scholle bedeutete. Wie solche Erfüllung hochgepaukter Hoffnungen auf warmherzige Ideologen wirken mußte, kann schon in der deutschen Geschichte der zwanziger und dreißiger Jahre spürt werden.

In der zweiten Hälfte des Romans, und zwar in den Schilderungen aus dem Kaukasus, ist von den Kasakoliten die Rede. Dies ist der gewöhnliche Name für alle russischen Sektierer und Dissidenten, welche von der griechisch-orthodoxen Kirche abgefallen. Kasakoliten oder Kasakoliti bedeutet „Abtrünnige“, „Ereber“, von raskol „Kirchenpaltung“ — und in zahllosen Gruppen ihren eigenen religiösen Aberglaubens, die zum Theil jenseitigen Charakter annehmen, annehmen. Es lassen sich zwei verschiedene Richtungen unterscheiden. Die erste wird durch die Ungläubigen charakterisiert, welche die nationalen Grundlagen Russlands gegenüber den

im 17. Jahrhundert sich geltend machenden tatarischen byzantinischen Einflüssen aufrecht erhalten wollten. Die andere Richtung umfaßt die radikalen Reformer, welche nicht allein das kirchliche Dogma verwerfen, sondern deren Proiekt sich mehr nach gegen die ganze politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung — richtiger: Unordnung — richtet. Darum ist die Erscheinung sehr verständlich, daß sich bei den Kasakoliten überwiegend die thätkräftigsten und opferwilligsten Volkselemente zusammenfinden.

Die Trennung von der Staatskirche begann in der Mitte des 17. Jahrhunderts, als der Patriarch Nikon in Moskau 1654 eine Revision der Gebets- und Gebetbücher vornahm. Derselben, welche an der Reform Anstoß nahmen, jagten sich 1666 als Ketzler (Starowjerzi) von der herrschenden russischen Kirche los und jagten in Nikon, mehr noch in dem politisch-kirchlichen Reformator Peter dem Großen den Anstoß. Nur ein Zweig der Kasakoliten, die Pogowzi, behielt die Priester bei und bildet heute gleichsam einen Doppeltreiß zur Staatskirche. Die Beszopowzi hingegen organisierten sich priester- und sakramentenlos unter Sakoworjanden (Aelteste, Propheten) und verwarfen selbst die Ehe. Diese Richtung war im Laufe der Zeit unauflösligen Spaltungen und Umbildungen unterworfen, so daß es schließlich eine Anzahl verschiedener Sektten gab. Bei einer nicht geringen Zahl bildete sich ein gemeiniglich fanatischer Kultus aus.

Seit 1800 traten die Moralkschits oder Morelschiki (die sich selbst Anopfernden) auf, welche den Selbstmord als Gott wohlgefällig preisen. Sie wählten einzeln oder in größeren Gruppen den Selbstmord (Fenstersturz), indem sie sich in einem Hause verbrannten. Die ruhelos wuchernden Strömungen (Pilger) hatten alle politische, sittliche und religiöse Ordnung für ein Werk des Teufels; sie sind seit 1845 bekannt. Von den Skopzen fordert das religiöse Gebot die Kastration. Die Ulybi (die sich Geißelnden) springen bei ihren Religions-

übungen hinter einander her und geißeln sich gegenseitig so lange, bis sie blutend und erschöpft umsinken oder in Krämpfe verfallen. Wesentlich harmloser sind die Sektten der Jedino-werzi, Starobradzen, Bypowwanen, Pomoranen, Schtschelnisten, Maslowzen, Moltschalniks (die immer Schweigenden), Nemoliaki (Nichtbeteter) und der Schalspuden (geistlichen Brüder), welche von der Idee der Brüderlichkeit aller Menschen ausgehen. Ferner sind hervorzuheben die Ducheborzen, welche in diesem Roman noch besonders Erwähnung finden, und die Makafanen („Milchesser“), die zwar auch das Priesteramt, die Sakramente sowie die Heiligen-Anrufungen verwerfen, nur die Bibel anerkennen und als Chiliasisten bei Napoleon I. Anzeichen den Anbruch des Tausendjährigen Reiches erwarteten, doch ziemlich frei von Fanatismus sind und als fleißige, friedliche Ackerbauer leben.

Selbst die sittlichen Reformbestrebungen nehmen in Russland gewöhnlich sektirerische Formen an. Gegen Ende der sechziger Jahre trat der Bauer Basil Sontajew als Sektensprecher auf und strebte eine große Organisation der christlichen Liebesthätigkeit in sozialistischem Sinne an. Als religiöser Sektensprecher bekannter dürfte der geniale Schriftsteller Graf Leo Tolstoi sein, welcher in mehreren seiner geistvollen Schriften die Fühne einer philosophisch-religiösen Sekttenpropaganda emporhob.

Die Kasakoliten hatten seit ihrem Auftreten seitens des herrschenden Regimes die grausamsten Verfolgungen zu erdulden, was natürlich auch zur Folge hatte, daß die Zahl der „Rezer“ insgeheim rasch in die Millionen sich mehrte. Um den harten Bedrückungen und Verfolgungen namentlich unter Nikolaus I., welcher die Kasakoliten als „gewöhnliche Verbrecher“ behandelte, zu entgehen, verließen Tausende ihre alten Wohnsitze und siedelten sich in zahlreichen Niederlassungen im kaukasischen Berglande oder in öden Steppengebieten an. Mehr Ruhe und feste Wohnsitze fanden die Kasakoliten erst in neuerer Zeit. (Fortsetzung folgt.)